

Der Vollzugsdienst

1/2013 - 60. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Vollzugskooperation
von Sachsen und Thüringen –
der Stein der Weisen?**

Negative Auswirkungen der Föderalis-
musreform deutlich sichtbar

Seite 2

**Öffentlicher Dienst ist
idealer Mediator zwischen
Bürgern und Politik**

54. dbb Jahrestagung am
7. Januar 2013 in Köln

Seite 27

**Tarifrunde 2013:
Harte Verhandlungen
zeichnen sich ab**

Arbeitgeber legen kein konkretes
Verhandlungsangebot auf den Tisch

Seite 52

Schneegestöber im Februar



Bayern Seite 25



Niedersachsen Seite 50



Sachsen Seite 72

Fachteil: Krankenpflegedienst – quo vadis?

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Teilprivatisierung vollzuglicher Aufgaben jetzt beenden
- 2 Vollzugskooperation von Sachsen und Thüringen – der Stein der Weisen?
- 4 Überstunden/Mehrarbeit – wo liegt der Unterschied?
- 5 Die Rolle der Frau im Justizvollzug muss weiter gestärkt werden
- 6 Mit Volldampf in die Einkommensrunde 2013

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 25 Bayern
- 26 Berlin
- 30 Brandenburg
- 33 Bremen
- 36 Hamburg
- 41 Hessen
- 46 Mecklenburg-Vorpommern
- 50 Niedersachsen
- 52 Nordrhein-Westfalen
- 67 Rheinland-Pfalz
- 71 Saarland
- 72 Sachsen
- 75 Sachsen-Anhalt
- 79 Schleswig-Holstein
- 81 Thüringen

FACHTEIL

- 86 Krankenpflagedienst - quo vadis?
- 88 Bundesverwaltungsgericht

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2/2013:
15. März 2013



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@bsbd.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
Landesverbände		
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodmann@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Anton Bachl	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Willi Köbke	willikoebke@versanet.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

Nachlese zum 17. Landesdelegiertentag am 26. und 27. Oktober 2012 in Schwäbisch Gmünd

Brennende Probleme sind in den Hintergrund geraten

Medieninformationen zu den Schwerpunktthemen

Die bereits zum Dauerthema mutierte Sparpolitik der grün-roten Landesregierung für ihre Beamtinnen und Beamten hat auch dem BSBD-Delegiertentag ihren Stempel aufgedrückt. Einen Höhepunkt fand sie in dem von der Presse als „Brandrede“ bezeichneten Beitrag von BBW-Vorsitzenden Volker STICH bei der Festveranstaltung am Nachmittag des 27. Oktober 2012. (Wir haben darüber im VOLLZUGSDIENST 6/2012 ausführlich und kritisch berichtet.) Im Zusammenhang mit den Grußworten gab es auch noch ein Nachkarten durch den Austausch von „Streitschriften“ zwischen der Fraktionsvorsitzenden der Grünen – Frau Edith Sitzmann – und dem Vorsitzenden des Seniorenverbands ÖD BW – Dieter Berberich. *Dieser Schriftwechsel kann zur „Erbauung“ auf unserer BSBD-Homepage nachgelesen werden.* Diese Konstellation hat aber auch dazu geführt, dass die vorab schriftlich fixierten Medieninformationen des Landes-

vorstands zu den vollzuglichen Schwerpunktthemen des 17. Delegiertentags völlig ins Hintertreffen geraten sind. Obwohl diese Infos beim Delegiertentag den anwesenden Pressevertretern ausgehändigt und diese auch auf die brennenden Probleme im baden-württembergischen Justizvollzug hingewiesen worden sind, fanden sie in der öffentlichen Berichterstattung so gut wie keine Beachtung. Damit diese Arbeit nicht umsonst war und die geneigten Leserinnen und Leser sehen können, was uns sonst noch umtreibt, wollen wir die Themen in dieser Nachlese nochmals aufgreifen, wobei besonders die Gewaltproblematik im Vollzug zwischenzeitlich eine erschreckende aktuelle Wendung erfahren hat. Aber auch die anderen Themen – wie Haftplatzentwicklung und Anstaltsschließungen, Sicherungsverwahrung, Krankenstand von Bediensteten u.a. – stehen nach wie vor ganz oben auf der aktuellen Tagesordnung und auf der Agenda des Landesvorstands.

Zur Krankheitsentwicklung im Justizvollzug

Mit großer Sorge blickt der BSBD auf die Krankheitsentwicklung bei den Bediensteten in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten. Nach den vorliegenden und allgemein zugänglichen Erhebungen haben die Fehlzeiten bei allen Dienst- und Beschäftigtengruppen in den letzten Jahren zugenommen.

Die durchschnittlichen Fehlzeiten pro Jahr – zuletzt erhoben für 2011 – schwanken bei den verschiedenen Diensten zwischen rund 12 Fehltagen beim gehobenen Dienst und rund 20 Tagen beim Allgemeinen Vollzugsdienst; dazwischen liegen der höhere Dienst und der mittlere Verwaltungsdienst mit rd. 14 Tagen und der Werkdienst mit rd. 18

Fehltagen. (Allerdings sind aufgrund der geringen Gruppengröße bei den Verwaltungsdiensten die Angaben mit statistischen Unsicherheiten behaftet.)

Zum Vergleich: In ihrer Ausgabe vom 13. Februar 2012 hat die **BILD-Zeitung** unter der Quellenangabe des „Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen“ festzustellen gemeint, dass bundesweit Justizvollzugs- und Polizeibeamte hohe Fehlzeiten zwischen 32,4 und 27,4 Tagen aufzuweisen haben. Dagegen hat das **Statistische Landesamt Baden-Württemberg** in seinem Zahlenportrait bei der Erhebung des gesamten Krankenstandes im Land 2010 11,7 Fehltag pro Fall errechnet.

Bemerkenswert ist für den BSBD auch, dass bei den Fehlzeiten der Vollzugsbediensteten deutliche Unter-

schiede beim Vergleich zwischen einzelnen Anstalten offenkundig werden.

Den Höchststand 2011 hat eine Anstalt mit über 31 Fehltagen bei Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes erreicht, die günstigste Fehlquote dagegen lag bei 13,2 Tagen. (*Entsprechende detaillierte Statistiken liegen dem BSBD-Landesvorstand vor.*)

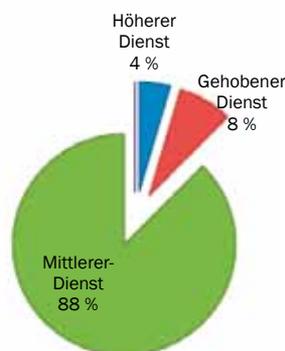
All dies mag auf sehr unterschiedliche Faktoren und Ursachen zurückzuführen sein, die noch nicht erforscht und geklärt worden sind; deshalb wurde zu diesem Zweck in einer Anstalt eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Ohne derzeit vorhandene belastbare Erkenntnisse, möchte der BSBD doch darauf hinweisen, dass die alltägliche Vollzugsarbeit durchaus die Gesundheit der Bediensteten beeinträchtigen kann: aufgrund breiter Zuständigkeitsverlagerungen (Personal, Budget) sind die Tätigkeiten vielfältiger, verantwortungsvoller und belastender geworden. Die flächendeckende Installation der EDV hat nicht nur Erleichterungen, sondern auch zeitaufwändige Detailarbeit und gelegentlichen Ärger mit sich gebracht. Die unmittelbare Arbeit mit den schwierigen und teils gewaltbereiten Gefangenen sowie mit Besuchern, die beide das komplizierte Kontroll- und Sicherheitssystem auszutricksen versuchen, kann sehr aufreibend sein. Auch die Altersstruktur in einzelnen Anstalten kann ebenso Einfluss auf die Gesundheit haben wie die Leitungsstruktur und das Führungsverhalten auf verschiedenen hierarchischen Ebenen. So weiß man spätestens seit den in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts in den USA durchgeführten „Hawthorne-Experimenten“, dass Arbeitsleistung und Arbeitszufriedenheit

Personalstellen im Justizvollzug am 01. 01. 2011 – ohne Anwärter –

Fachbereich	Zahl	
Ärzte	29	
Seelsorger	22	
Psychologen	57	
Lehrer	43,5	
Sozialarbeiter	121	
Gehobener VWD	77	
Mittlerer VWD	199	
Büro-/Schreibdienst	109	
Höherer VWD	59	
Allgemeiner VD	2486,5	davon 37 im geh. Dienst
Krankenpflegedienst	24,5	soweit nicht im AVD
Werkdienst	422	davon 12 im geh. Dienst
Sonstige Tarifbeschäftigte	43,5	
Personalstellen	3693	

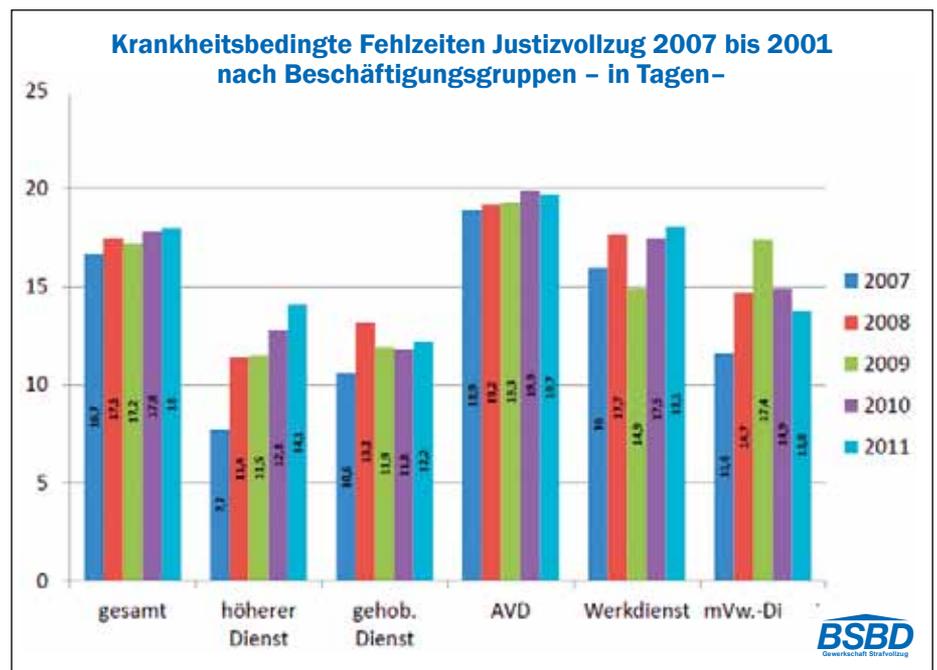
Laufbahnanteile im Justizvollzug



und damit auch Fehlzeiten maßgeblich von dem in der Einrichtung herrschenden „Betriebsklima“ abhängen. Die empirischen Erkenntnisse zeigten, dass die Arbeitsleistung nicht nur von den objektiven Arbeitsbedingungen, sondern ganz wesentlich auch von sozialen Faktoren geprägt ist (Human Relations). In leicht modifizierter Übertragung auf den Justizvollzug müsste dies heißen: Höchste soziale Kompetenz muss nicht nur im Umgang mit den Gefangenen geübt werden, sondern muss auch unter den Kollegen und vor allem bei den Führungspersönlichkeiten vital vorhanden sein.

Anspruch auf Vorsorgekuren wurde noch nicht erreicht

Die Einführung des landesweiten **Gesundheitsmanagements seit 2011** kam da gerade richtig und es kann zumindest gehofft werden, dass es nicht ohne Einfluss auf die Fehlzeiten bleibt. Immerhin stehen dafür jährlich sechs Mio. Euro zur Verfügung, davon 263.000 Euro für den Justizbereich. Der Anspruch auf regelmäßige Vorsorgekuren, die den über 40-jäh-



rigen Polizeibeamten im durchgängigen Schicht- und Wechseldienst bei voller Kostenerstattung gewährt werden, konnte trotz vielfacher Bemühungen des **BSBD**

und des Justizministeriums für die Vollzugsbeamten noch nicht erreicht werden. Der **BSBD** wird diese Forderung jedoch nachdrücklich weiter verfolgen. *wok*

Pressemitteilung zum Delegiertentag in schlimmster Weise überholt

Thema: Gewalttaten in Justizvollzugsanstalten

Vollzugsbeamtin von Gefangenen erheblich verletzt

Eine Pressemitteilung des Landesvorstands zum Thema „Gewalttaten in Justizvollzugsanstalten“ wurde wenig später durch einen aufschreckenden und ungeheuerlichen Vorfall in der Jugendstrafanstalt Adelsheim in schlimmster Weise überholt: Als am 30. November 2012 eine Vollzugsbeamtin das Ende der abendlichen Freizeit ankündigte, fiel ein 20-jähriger Gefangener sie unvermittelt an, er nahm die ahnungslose Kollegin in den Schwitzkasten, schlug sie mit Faustschlägen auf den Kopf zu Boden und trat dann mit wuchtigen Fußritten – wiederum gegen den Kopf und ins Gesicht – auf sie ein. Ihre erheblichen Verletzungen wurden zunächst vom Sanitätsdienst der Anstalt sowie von einem herbeigerufenen Notarzt versorgt und sie musste sodann im Krankenhaus auf der Intensivstation behandelt werden (s. auch Bericht in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 5. Dezember 2012). Die Kollegin konnte bisher ihren Dienst noch nicht wieder aufnehmen. Gegen den gewalttätigen Gefangenen, der in eine andere Anstalt verlegt wurde, ermittelt die Staatsanwaltschaft u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorfalls hat der Landesvorsitzende eine Presseerklärung herausgegeben und ein Telefoninterview mit **dpa** geführt, was eine beachtliche Resonanz in der überregionalen Presse und auch beim **SWR-Fernsehen** gefunden hat, wobei der **SWR** demnächst das **Gewaltthema im Vollzug** in einer eigenen Sendung aufzugreifen beabsichtigt. (Ein ausführlicher Zeitungsartikel mit der Überschrift: „**Gewalt in Gefängnissen: ein Experte schlägt Alarm**“ ist an anderer Stelle dieser Ausgabe abgedruckt.) Zudem hat **Alexander Schmid** durch häufige Kontakte mit dem **BSBD**-Ortsverbandsvorsitzenden und dem Personalrat der JVA Adelsheim sich nach der schwer verletzten Kollegin erkundigt und ebenso haben Justizminister **Rainer Stichelberger** bzw. Ministerialdirektoren **Bettina Limperg** besorgt nach dem Befinden der jungen Beamtin nachgefragt.

Landesvorsitzender Alexander Schmid zutiefst schockiert

„Gewaltexzess in der JVA Adelsheim“

„Ich bin zutiefst schockiert“, so der Landesvorsitzende der **Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten, Alexander Schmid** – der selbst Justizvollzugsbeamter in einer JVA ist, vor dem Hintergrund des brutalen Übergriffs eines Häftlings auf eine Justizvollzugsbeamtin in der JVA Adelsheim.

„Die Gewalt gegen Justizbedienstete hat eine neue Dimension erreicht“ und weiter sagt Schmid, dass er davon ausgehe, dass neben einer Aufarbeitung der Geschehnisse in diesem Einzelfall auch eine Erhebung der Zahlen, Daten und Fakten zu solchen und ähnlichen Geschehnissen durch das Justizministerium erfolgen müsse. Das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte war bereits Thema im

Kabinett und im Landtag. Ich und meine Kolleginnen und Kollegen im ganzen Land erwarten ein klares Signal der politischen Verantwortlichen, dass solche Vorgänge nicht tolerabel sind und daneben auch eine Überprüfung, ob und wenn ja in welchem Umfang die Gewalt gegen Justizvollzugsbedienstete in den letzten Jahren zugenommen hat. Hier gilt es, Ursachenforschung zu betreiben, wie es zum Beispiel durch die Studie von **Prof. Christian Pfeiffer** zum Thema „**Viktimisierungserfahrungen Inhaftierter**“ durch das Kriminologische Institut Niedersachsen erfolgt ist.

„Meine persönliche Nachfrage in Adelsheim hat ergeben, dass der Kollegin von allen Seiten der Dienststelle schnell

und kompetent Hilfe geleistet wurde. Dies ist gut so, aber ein „jetzt machen wir wie gewohnt weiter“ darf es nicht geben, so **Schmid**. „Nutzen wir das traurige Vorkommnis um innezuhalten und uns auch zu vergegenwärtigen, dass im Justizvollzug von den Kolleginnen und Kollegen, die übrigens zu 88 % im mittleren Dienst tätig sind und von Beamtenprivilegien wenig spüren, täglich Dienst im Umgang mit einer „Negativauslese“ der Gesellschaft geleistet wird.“

Bei den Erörterungen im Ministerium und mit Strafvollzugsbeauftragten zu diesem schlimmen Vorfall wurden vom Justizminister folgende Zahlen zu gewaltsamen Übergriffen auf Bedienstete durch Gefangene seit 2005 bekanntgegeben:

	Vorkommnisse	Betroffene Bedienstete
2005	13	21
2006	10	11
2007	12	21
2008	8	13
2009	7	7
2010	10	12
2011	9	9
2012	9	15

Wenn diese Vorkommniszahlen auch nur wenig schwanken und bei einer Durchschnittsbelegung von 7.100 Gefangenen auf nicht sehr hohem Niveau liegen, sagt der **BSBD** dennoch: „Jeder gewalttätige Übergriff auf Bedienstete ist einer zu viel!“ Hinzu kommt, dass wohl nur die gravierenden Vorfälle bekannt werden und kleinere Verstöße wie Rangeleien und verbale Beleidigungen intern in der Anstalt geregelt oder gar ungeahndet bleiben. Hier meint der **BSBD**, dass solchen Vorgängen durchaus konsequenter und unnachgiebiger nachgegangen werden sollte, auch wenn solche Verfahren gem. § 154 Abs.1 StPO eingestellt werden. **Zur Prävention und möglichst zur Vermeidung von gewalttätigen Ausschreitungen von Gefangenen sollten folgende Überprüfungen durchgeführt werden:**

- Auswertung und eingehende Analyse – ggf. durch den Kriminologischen Dienst – der bisherigen Vorfälle,
- Regelung, Gestaltung und Ablauf der „offenen oder un gelenkten Freizeiten“, ggf. mit Einführung von Höchstzahlen teilnehmender Gefangener,
- Ausreichender Personaleinsatz zur Absicherung der Kolleginnen und Kollegen bei Tätigkeiten in den Abteilungen,
- Weiterer Ausbau der Teilnahme von Gefangenen an Anti-Aggressions-Trainings,
- Videoüberwachung und -aufzeichnung in den Haftraumfluren und ggf. weiteren Aufenthaltsräumen.

Zu dieser Thematik hatte der BSBD bereits nach Gewalttaten unter Gefangenen in der JVA Schwäbisch Hall im Oktober 2009 einen entsprechenden Beitrag im VOLLZUGSDIENST veröffentlicht, der allerdings zu keinerlei Anstößen konkreter Art führte. Der zum Delegiertentag überarbeitete und aktualisierte Artikel wird deshalb hier nochmals teilweise wiedergegeben.

Der Inhalt der Studie „**Viktimisierungserfahrungen im Justizvollzug**“, die im September 2012 von **Prof. Dr. Christian Pfeiffer** vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) herausgegeben worden ist, hat den **BSBD** – leider – nicht überrascht. Die Forscher haben in bundesdeutschen Gefängnissen bei 5.446 Erwachsenen und bei 983 jungen Strafgefangenen anonym ihre Daten mit schriftlichen Fragebogen erhoben. Die Erwachsenen waren in 25,7 Prozent der Fälle mindestens einem körperlichen Übergriff ausgesetzt, bei den jungen Gefangenen war dieser Anteil deutlich höher, nämlich 49,0 Prozent – also jeder Zweite. Allerdings erscheinen diese Zahlen zu undifferenziert, um das wahre Ausmaß der Übergriffsschwere abschätzen zu können.

Für den **BSBD** ist dies alles kein neues Phänomen, sondern eine alte Erkenntnis. Dazu sollte man wissen, dass nur vier bis fünf Prozent der Kriminalstrafen im Justizvollzug zu verbüßen sind; das betrifft entweder vielfach vorbestrafte unverbesserliche Bewährungsbrecher oder massive Gewalt- und Sexualstraftäter mit z.T. hohen Jugend- bzw. Freiheitsstrafen. Diese Herkunft deutet bereits an, dass sich Gewalttätigkeiten unter Gefangenen bei den derzeit gegebenen Dienstabläufen in den Vollzugsanstalten leider nicht vermeiden lassen, man kann nur versuchen, sie zu vermindern.

Der **BSBD** bedauert diese resignative Schlussfolgerung sehr – insbesondere im Hinblick auf die Opfer, die ja in der Obhut des Vollzugs sind, aber auch mit Blick auf die Kolleginnen und Kollegen, die solche sehr belastenden Ereignisse nicht verhindern können und dann doch im Kreuzfeuer oftmals ungerechter öffentlicher Kritik stehen.

Ein Bediensteter hat am Abend 30 bis 50 Gefangene zu beaufsichtigen

Gewalttätige Übergriffe geschehen häufig während der „offenen oder un gelenkten Freizeit“, bei der sich die Gefangenen in ihrer Abteilung bei geöffneten Hafträumen „frei“ bewegen können. Bei den derzeit möglichen Dienstplänen hat

üblicherweise ein einziger Bediensteter in dieser Zeit am Abend 30 bis 50 oder noch mehr Gefangene zu beaufsichtigen. Daneben hat er eventuell Telefongespräche von Gefangenen abzuwickeln und zu überwachen, er hat vielleicht auch Anträge oder andere schriftliche Arbeiten zu erledigen, er hat ggf. Statistiken oder Belegungsvorgänge an seinem PC abzuarbeiten, er hat Kontrollmeldungen zur Torwache abzusetzen u.a.m.

Unter diesen Gegebenheiten müsste zur Vermeidung gewalttätiger Übergriffe die Aufsichtsdichte deutlich erhöht und die aufsichtsführenden Beamten entlastet werden.

Gewalttaten haben nicht nur im Vollzug zugenommen

Aber nicht nur daran sind solche Vorfälle festzumachen. Die Gewalttätigkeiten in ihren bizarren und unnachgiebigen Formen haben nicht nur im Vollzug, sondern auch außerhalb in der Gesellschaft zugenommen – und das besonders bei jungen Leuten. Wen verwundert es, dass sich dies bei der geballten Zusammenkunft von Gewalttätern und in dem engen Aufeinanderleben in der Anstalt fortsetzt? In den Anstalten mit jüngeren Gefangenen entsteht immer mehr der Eindruck, der leider zunehmend zur Gewissheit wird, dass Gefangene Lust und Spaß daran haben, andere zu schlagen, zu quälen, zu demütigen, dauerhaft zu schädigen und zu zeichnen; vielleicht weil sie selbst gequält und geschändet worden sind? Jedenfalls ist erschreckend, wie unnachgiebig „cool“ und ohne jeden Anflug von Empathie solche Taten begangen werden.

Hier wäre ein guter Ansatzpunkt, allerdings nur durch Intensivtherapien (wie z.B. Anti-Aggressions-Trainings), die im Vollzug zwar hie und da durchgeführt werden, jedoch offenbar nicht ausreichend sind.

„Offene Freizeit“ auf Null zurückfahren

Neben dieser Gegenwartsbeschreibung sind nur wenige Szenarien vorstellbar, die künftig Gewalttätigkeiten unter Gefangenen verhindern helfen könnten.

Ein schwieriges Szenario wäre es, die „offene Freizeit“ auf Null zurückzufahren und den Einschluss nach dem Hofgang oder der Abendessenausgabe generell vorzunehmen. In der abendlichen Freizeit für Gefangene wären dann nur noch Gruppenveranstaltungen eingerichtet, die von Bediensteten oder ehrenamtlichen Mitarbeitern angeleitet und beaufsichtigt werden. Dieses Angebot müsste aber deutlich erweitert werden. Ein zweites Szenario wäre kostspielig, weil es

mit einer Intensivbetreuung einherginge. Vorstellbar wäre gerade für jüngere Gefangene ein Wohngruppenvollzug, bei dem in einer Art Familienstruktur ein Bediensteter oder eine Bedienstete mit jeweils etwa sechs Gefangenen die abendliche Freizeit gemeinsam verbringt.

Überwachung in den Abteilungsfluren

Denkbar wäre weiter eine visuell-elektronische Überwachung in den Stockwerks- oder Abteilungsfluren, wie sie z. T. mit Kameras in den Höfen bereits installiert ist. Damit könnten zumindest die Beteiligten und die Anstifter von gewalttätigen Auseinandersetzungen erkannt und ermittelt werden. Unwirksam wäre eine solche Überwachung beim Rückzug in die geöffneten Hafträume, wo dann die Gewalthandlung unbemerkt ablaufen kann.

Bei einem solchen Kontrollsystem müssten die Hafträume während der offenen Freizeit notwendigerweise verschlossen bleiben. Bei einer visuellen Überwachung würde der Gefangene aus Furcht vor Entdeckung vielleicht sein Gewaltpotential unterdrücken, eine dauerhafte Einstellungs- oder Verhaltensänderung wäre damit natürlich nicht verbunden. Einschränkungen für diese Überwachungsform ergäben sich allerdings durch Datenschutzvorschriften, die selbstverständlich eingehalten werden müssten.

Die Einzelunterbringung während der Ruhezeit konsequent ermöglichen

Unabdingbar, aber auch erreichbar ist letztendlich, dass landesweit für jeden Gefangenen die **Einzelunterbringung** während der Ruhezeit konsequent ermöglicht wird. Denn nicht nur in der unvollkommen zu beaufsichtigenden Freizeit kommt es zu Übergriffen, sondern auch in größeren „Gemeinschaftszellen“.

Es ist erstaunlich, dass **Prof. Pfeiffer** vom KFN die o. a. gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge bei seiner Gewaltstudie nicht thematisiert und so nur eine isolierte statistische Erhebung aus den Gefängnissen – insbesondere aus dem Jugendstrafvollzug – vorgelegt hat. Gerade diese jungen Gefangenen sind besonders anfällig für äußere Einflüsse und für Imitationsverhalten, wie dies aus der Entwicklungspsychologie allgemein bekannt ist. wok

BNN vom 11. Dezember 2012

Gewalt in Gefängnissen: Experte schlägt Alarm

Bund der Strafvollzugsbediensteten fordert mehr Personal

Stuttgart. Die Gewalt unter Strafgefangenen und gegenüber Bediensteten nimmt immer weiter zu. „Die Gewaltbereitschaft in den Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg wird zunehmend zu einem Problem“, sagte der Landesvorsitzende des **Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD), Alexander Schmid**. Dies sei auch eine Folge der Verrohung der Gesellschaft insgesamt. „In den Gefängnissen spielt sich das nur noch extremere ab als draußen.“ Die Bediensteten bekämen die Gewalt unter den Häftlingen aber nicht immer mit. „Das liegt daran, dass wir nicht genügend Personal präsent haben.“ Trotz aller Anstrengungen ist eine 100-prozentige Sicherheit laut dem

in den USA, wo die Gefangenen abgeschottet werden und keine Sozialkontakte haben.“ Am Ende einer solchen Freizeit im Gefängnis von Adelsheim (Neckar-Odenwald-Kreis) hat ein Häftling unlängst eine Justizbeamtin von hinten angegriffen, mit Schlägen und Tritten massiv attackiert und sie zu Boden geschlagen. **Schmid** forderte Justizminister **Rainer Stickelberger (SPD)** auf, Zahlen und Daten zu solchen und ähnlichen Geschehnissen zu erheben. „Die Gewalt gegen Justizbeamte hat eine neue Dimension erreicht“, sagte er. „Wir brauchen Personal, das hoch qualifiziert ist.“ Baden-Württemberg sei bundesweit im unteren Drittel der Personalausstattung im Justizvollzug. „Das Musterländle sollte im oberen Drittel sein. Das sollte unser gemeinsamer Anspruch sein.“ Mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung sagte **Schmid**: „*Man weiß heute vor allem, was es kostet, aber von nichts mehr, was es wert ist.*“

Die Justizbeamten seien wegen der steigenden Gewaltbereitschaft einem großen Druck ausgesetzt. „Wenn ich morgens die Tür einer Zelle aufsperrt, weiß ich

nicht, was sich der Insasse nachts ausgedacht hat“, erzählt **Schmid**, der selbst in der JVA Konstanz arbeitet. Wenn nicht zugeschlagen werde, werde gedroht mit den Worten: „*Ich weiß, wo du wohnst*“, oder: „*Wir treffen uns draußen wieder.*“ Die Krankheitsstatistiken beim Justizpersonal seien wegen dieses Drucks erschreckend.

Auch der Drogenhandel floriere trotz schärferer Vorkehrungen wie Schleusen, sagte **Schmid**. Auch Handys würden immer wieder in den Zellen entdeckt. „Es ist sicher, dass es in den Gefängnissen Drogengeschäfte in nicht unerheblichem Umfang gibt. Die Insassen lassen sich da alles Mögliche einfallen.“ Die Gewinnspannen lägen bei 500 Prozent. Ganz beliebt sei der Handel mit der Ersatzdroge



Justizbeamte sehen sich an ihrem Arbeitsplatz mit steigender Gewaltbereitschaft der Häftlinge konfrontiert.

Foto: Archiv

Justizministerium nicht zu gewährleisten. Viele der Inhaftierten, vor allem Jugendliche und Heranwachsende, kämen mit Gewalterfahrungen in den Knast, sagte eine Ministeriumssprecherin. Kritische Zeiten für Übergriffe von Insassen auf ihre Mithäftlinge oder das Personal seien die sogenannten ungelenkten Freizeiten in den Anstalten.

„Dabei werden die Zellentüren geöffnet und die Gefangenen können sich in einem bestimmten Radius bewegen“, erklärte **Schmid**. In diesem Bereich befänden sich aber keine Beamten. „Das wäre viel zu gefährlich. Sie können nicht zwei Bedienstete in eine Gruppe von 50 Gefangenen reinschicken.“ Die deutsche Justiz sei auf Resozialisierung ausgerichtet. „Wir wollen keine Käfighaltung wie



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-0404041
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
ANDREAS WENDHOLT
Prielat-Höing-Str. 1 · 46325 Borken-Weselo

Hintergrund:

Haft im Südwesten

Die Zahl der Haftplätze und die Zahl der Gefangenen in Baden-Württemberg sinken. Anfang 2011 gab es 8.245 Plätze für etwa 7.500 Inhaftierte. Mitte 2012 waren es nach Zahlen des Justizministeriums 7.893 Plätze für etwa 7.200 Gefangene. Seit 2004 sinkt die Zahl der Inhaftierten jedes Jahr, in den 1990er Jahren lag sie laut **Gewerkschaft Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD)** sogar noch bei fast 9.000.

Laut **BSBD** ist dennoch neuer Haftraum vonnöten, weil Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern beim Anteil der verfassungsmäßig garantierten Einzelunterbringung deutlich zurückliegt. Nur 56,7 Prozent der Haftplätze im Südwesten sind derzeit Einzelzellen, im Vergleich zu 80 Prozent in Hessen oder sogar 95 Prozent in Hamburg. Ohnehin gebe es kaum Raum für Einschnitte beim Personal, argumentiert der **BSBD**. Es habe in Zeiten massiver Überbelegung kein zusätzliches Personal gegeben, so dass erst jetzt eine Normalsituation entstehe. Im allgemeinen Vollzugsdienst, bei dem die Justizvollzugsbediensteten den größten Anteil ausmachen, gab es Anfang 2012 etwa 2.500 Stellen. Hinzu kommen etwa 1.200 Stellen für Sozialarbeiter, Verwaltung und Werkdienst.

Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch-Hall hat im Sommer ihre Außenstelle in Heidenheim geschlossen, dadurch fielen 47 Plätze weg, 2014 soll die Außenstelle Heidelberg der Justizvollzugsanstalt Mannheim schließen. Dort gibt es derzeit 87 Plätze. In Stuttgart-Stammheim ersetzt der Neubau mit 559 Haftplätzen den bisherigen Bau 1 mit 413 Plätzen. Der für den Großraum Rottweil geplante Neubau einer Justizvollzugsanstalt sieht etwa 400 bis 500 Plätze vor. cfa

Subutex, aber auch Haschisch, Heroin oder Handys würden in die Gefängnisse geschmuggelt.

Das Thema Gewalt in den Gefängnissen wird nach Angaben einer Sprecherin des Justizministeriums sehr ernst genommen.

„Einzelne Vorkommnisse werden untersucht, um mögliche Schlüsse daraus ziehen zu können und das Risiko einer Wiederholung zu minimieren.“ Das Thema sei Bestandteil der Ausbildung der Bediensteten. Auch bauliche Maßnahmen gebe es. Tatjana Bojic

Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg und anderen Bundesländern

Schwierigkeiten bei der Neugestaltung

Der **BSBD** wäunte die Neugestaltung der Sicherungsverwahrung auf gutem Wege – inzwischen machen sich aber erhebliche Zweifel breit. Mit seinem Urteil vom 4. Mai 2011 hat das Bundesverfassungsgericht alle Formen der bisherigen Sicherungsverwahrung für „grundgesetzwidrig“ erklärt und für deren Neugestaltung sehr hohe Hürden aufgebaut. Kernpunkte für den praktischen Vollzug der SV sind die „freiheitsorientierte und therapiegerichtete“ Ausgestaltung sowie das Abstandsgebot zum Strafvollzug, womit gemeint ist, dass sich die Sicherungsverwahrung in allen Belangen deutlich von der Strafhaft abheben muss.

Hierzu haben die föderal zuständigen Justizverwaltungen der Länder bereits umfassende Praxiskonzepte entwickelt, die u. a. Folgendes vorsehen: Einzelunterbringung in wohnlich gestalteten Zimmern (mit Dusche und WC), Freizeit-, Sporträume und Teeküchen, Arbeits- und Bildungsangebote, höhere Besuchszeiten (mindestens 10 Stunden pro Monat), ggf. mit Langzeitbesuchen, höhere Einkaufsfrequenzen, Selbstversorgung und Paketzusendungen, Telefonate, Veranstaltungen und weitgehend freies Bewegen im gesamten SV-Bereich, einschl. Hof. Zudem besteht Anspruch der Untergebrachten auf vier verbindlich vorgegebene Begleitausgänge (mit Bediensteten) pro Jahr. Hinzu kommen Therapieräume und Dienstzimmer für das Personal.

• Zu alledem hat in **Baden-Württemberg** die **JVA Freiburg**, die ja bereits Standort für die SV war, im 2. Halbjahr 2011 eine detaillierte Konzeption entwickelt und um die Zuteilung der notwendigen Mittel durch das Justiz- und Finanzministerium ersucht. Dies ist bisher allerdings nur unzureichend geschehen, so dass erforderliche Baumaßnahmen nicht vollends ausgeführt werden konnten. Vor allem die **16 zugeeilten neuen Stellen** für therapeutisches Personal – hälftig gesplittet auf die Anstalten in Freiburg (8) und Bruchsal (8) – sind aus Sicht des **BSBD** viel zu

wenig. Nach neuestem Stand (Januar 2013) sind **29 Stellen des AVD** ausschließlich für den Bereich der SV in Aussicht gestellt. Damit könnte gerade die Grundversorgung und die rechtlich beanspruchbaren Ausführungen bewältigt werden. Bei den Baumaßnahmen indessen gibt es Fortschritte. (Zum Hintergrund: In Baden-Württemberg gab es Ende Juni 2012 69 Sicherungsverwahrte, wovon der weitaus größte Teil in einem eigenständigen Gebäude auf dem Gelände der JVA Freiburg untergebracht ist.)

Der BSBD stellt Vergleichsbetrachtungen an (Stand Oktober 2012):

- **Nordrhein-Westfalen** hat derzeit 105 Sicherungsverwahrte. Für sie wird ein kompletter Neubau entstehen – für 50 Mio. Euro mit 148 Einzelzimmern und vielen Nebenräumen und – gemäß Pressemitteilung vom 18. September 2012 – werden „Psychologen und Sozialarbeiter im Dutzend ... sich in Zukunft den massiven Störungsbildern bei den Weggesperrten widmen.“
- In **Hessen** sollen in der **JVA Schwalmstadt** Baumaßnahmen für die SV in Höhe von 12 Mio. Euro durchgeführt werden. Für die „Neuordnung der Sicherungsverwahrung wurden 47,5 neue Stellen bewilligt“ und „25 Anwärter für den Allgemeinen Vollzugsdienst



Die Rohbauarbeiten für den Neubau des Hauses für Sicherungsverwahrte in der Justizvollzugsanstalt Straubing sind abgeschlossen. Acht Monate nach der Grundsteinlegung im Mai letzten Jahres wurde nun Richtfest gefeiert. Foto: wochenblatt/nachrichten straubing)

wurden bereits eingestellt.“ Hessen hat derzeit 41 Sicherungsverwahrte, plant aber 62 Unterbringungsmöglichkeiten in Einzelzimmern, da eine Kooperation mit dem **Freistaat Thüringen** eingegangen wurde. (*PM Hessisches Ministerium der Justiz vom 26. Juni 2012*).

- **Bayern** will insgesamt 84 Unterbringungsplätze für derzeit 50 bis 60 Sicherungsverwahrte schaffen; in Bayern werden künftig und auf Dauer ca. 100 Verwahrte erwartet. Im Staatshaushalt 2013/2014 sind für die Justiz 226 neue Stellen fest eingeplant, wovon allein **79 Stellen des allgemeinen Vollzugsdienstes** für die SV-Einrichtung vorgeesehen sind.
- Allen voran ist **Berlin**: Dort wird – gemäß „*Berliner Morgenpost*“ vom 23.09.2012 – in der JVA Tegel für 38 Sicherungsverwahrte ein Neubau mit 60 Einzelzimmern mit jeweils 20 qm Fläche errichtet, der etwa 15 Mio. Euro kosten wird. Zudem werden Gemeinschafts- und Therapie-, Werkstatt- und Sporträume eingerichtet. Nach der Pressprecherin **Claudia Engfeld** des Berliner Justizsenators „sind für die bessere Betreuung der Sicherungsverwahrten **66,5 Stellen** nötig“, die jährlich mehr als 3 Mio. Euro kosten. (**BSBD**: *Da kommt kein Neid, aber bittere Ironie auf: Wir können es zwar nicht belegen, aber es ist nicht auszuschließen, dass diese sehr großzügige Ausstattung der SV in Berlin aus demjenigen Topf beglichen wird, in den auch das Land Baden-Württemberg seinen Länderfinanzausgleich eingezahlt hat.*)
- **Sachsen-Anhalt** vollzieht die Sicherungsverwahrung in der teilprivatisierten JVA Burg bei Magdeburg. Derzeit (Dez. 2012) sind dort 23 Sicherungsverwahrte untergebracht. Der künftige Unterbringungsbereich wird gegenwärtig um- und ausgebaut, das Personal wird aufgestockt. Bis Ende Mai 2013 sollen die Betroffenen ihre neuen Räume bezogen haben, die jeweils über einen eigenen Sanitärtrakt und eine Kochmöglichkeit verfügen.

Tätigkeit ist hochbelastend

Besonders besorgt ist der **BSBD** um die Kolleginnen und Kollegen, die mit den und für die Sicherungsverwahrten arbeiten. Ihre Tätigkeit ist hochbelastend und leider nicht immer oder gar selten erfolgreich, mitunter auch gefährlich. Deshalb

ist es besonders wichtig, dass ein erfahrenes kontinuierliches und solidarisches Therapeuten-Team zum Einsatz kommt, in das auch die Mitarbeiter des Allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes voll integriert sind. Regelmäßige Supervision und Möglichkeiten des Ausgleichs sind zwingend geboten. Auch Sicherungsverwahrte, deren Behandlung in der Sozialtherapeutischen Anstalt wegen Aussichtslosigkeit abgebrochen werden musste, werden in die Freiburger Einrichtung kommen – und können von dort ja nicht mehr wegverlegt werden. Das heißt, es sammeln sich dort therapiefähige und -unwillige, therapieresistente und -verfälschende Verwahrte, an denen die hohen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts einfach abprallen. Das sind Menschen, die sich in ihrem abwegigen Anderssein gefallen und dieses deviante Exotikum regelrecht pflegen. Der **BSBD** ist sich nicht sicher, ob diese schwierigste Gruppe, deren Anteil von Experten und Praktikern auf bis zu 30 Prozent der Unterbrachten geschätzt wird, bei den höchstrichterlichen Entscheidungen gedanklich präsent war.

Wegen Geld- und Personalmangel werden nicht alle Therapieversuche angegangen

Hier tut sich eine erhebliche Gefahr auf: muss bei den regelmäßigen gerichtlichen Überprüfungen der Entlassungsfrage die Unterbringungseinrichtung einräumen, dass mangels Personal und Geld nicht alle denkbaren Therapieversuche angegangen werden könnten, dann werden die Gerichte nicht zuwarten, sondern Sicherungsverwahrte auch entlassen. Dies wäre eine höchst bedenkliche gefährliche und damit sicherheitspolitische Folge, die nur durch hohe Kosten für polizeiliche Überwachungsmaßnahmen aufgefangen werden könnte.

Zuletzt noch ein Wort zur **Relation**: Unter den **7.100 Gefängnisinsassen** in Baden-Württemberg machen die Sicherungsverwahrten noch nicht mal ein Prozent aus. Bei dieser geringen Quantität müsste es eigentlich eine leichte Übung sein, die hohen Qualitätsansprüche aus dem BVerfG-Urteil mit der Bereitstellung ausreichender Mittel zu erfüllen, zumal diese überschaubar bleiben dürften. **Und nicht vergessen: um die restlichen 99 Prozent muss sich auch jemand kümmern!**

Zum letzten Stand das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene von Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger hat Landesjustizminister Rainer Stichelberger folgende kritische Mitteilung abgegeben:

Justizminister Stichelberger sieht Sicherheitslücke

Bundesrat billigt Neuregelung und verzichtet auf einen Verweis an den Vermittlungsausschuss.

*Als vertane Chance hat es Baden-Württembergs Justizminister **Rainer Stichelberger** bezeichnet, dass der Bundesrat das Bundesgesetz zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung nicht an den Vermittlungsausschuss verwiesen hat.*

„Über den Vermittlungsausschuss hätten wir eine Regelung zur nachträglichen Therapieunterbringung einführen und damit eine Sicherheitslücke schließen können, sagte der Minister am Freitag (23. November 2012) in Stuttgart.

*In der Länderkammer wurde dagegen die Neuregelung gebilligt, wie sie der Bundestag Anfang November beschlossen hatte. Demnach gibt es keine Möglichkeit, besonders gefährliche Gewalt- oder Sexualsträtlater, deren psychische Störung sich erst im Laufe der Straftat zeigt und gegen die zuvor keine Sicherungsverwahrung angeordnet worden war, zum Schutz der Allgemeinheit auch über die Haftzeit hinaus unterzubringen. „Eine solch nachträgliche Therapieunterbringung hätten nur sehr wenige, aber außerordentlich gefährliche Personen betroffen“, sagte **Stichelberger**.*

Er rechne damit, dass in diesen Fällen nun die personalintensive, dauerhafte Überwachung durch Polizisten zum Tragen komme. „Schließlich müssen die potenziellen Opfer geschützt werden“, erklärte der Justizminister.

Elektronische Fußfessel keinesfalls ein Mittel der ersten Wahl

Und wie Recht er damit hatte, zeigen folgender Zeitungsartikel aus den **Badischen Neuesten Nachrichten** vom

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E-3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanzen.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

10. Januar 2013 und vom 05. Dezember 2012, mit denen überdeutlich wird, welche Gefahr von entlassenen Sicherungsverwahrten ausgehen kann und dass die elektronische Fußfessel keinesfalls ein Mittel der ersten Wahl zur effektiven Überwachung und zur Verhinderung von Straftaten ist. Auch in diesem Zusammenhang dürfen wir an unseren Artikel im **VOLLZUGSDIENST** 4-5/2009 (S. 9 bis 13) erinnern, wo wir bereits auf der ersten Artikelseite (9) auf diese schwerwiegende Problematik hingewiesen haben.

Diese wird sich noch verschärfen durch die Spruchpraxis eines Obergerichts, wo sinngemäß ausgeführt ist, dass „bei dieser Sach- und Rechtslage für Erwägungen zum Schutz der Allgemeinheit kein Raum bleibt.“

Der konkrete Sachverhalt bezog sich auf einen Sicherungsverwahrten, dessen Unterbringung nach Ablauf der regulären zehn Jahre wegen fortbestehender Gefährlichkeit nachträglich durch richterlichen Beschluss verlängert werden sollte; er musste mit o. g. Begründung entlassen werden!

wok

BNN vom 10. Januar 2013

Babyfon für Kinderschänder

Münchener Sexgänger trotz Fußfessel rückfällig

München (dpa). Im April 2012 soll er ins Kinderzimmer geschlichen sein und sich an einem siebenjährigen Mädchen vergangen haben. Dabei trug der verurteilte Sexualverbrecher eine Fußfessel. Die soll eigentlich vor allem einen Sinn haben: solche Übergriffe zu verhindern. Der Fall des 41 Jahre alten Angeklagten, der sich wegen des mutmaßlichen Missbrauchs vor dem Landgericht München verantworten muss, hat eine bundesweite Debatte über den Nutzen der elektronischen Fußfessel ausgelöst.

Zwölf Jahre lang hatte der Mann gesessen, zuletzt in Sicherungsverwahrung, wurde aber 2011 nach den neuen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes entlassen – mit einer elektronischen Fessel am Fuß. Deren Akku soll er nicht wie vorgeschrieben aufgeladen haben. Am 1. Februar wird sich der Angeklagte voraussichtlich zu den Vorwürfen äußern. Vorher machen das andere: Die Strafrechts-

Psychologin **Gunda Wößner** sprach im **ZDF** von einem nur suggerierten Sicherheitsgefühl durch die Fußfessel. Der bayerische Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft (**DPolG**), **Hermann Benker**, nannte das Gerät ein „*besseres Babyfon*“. Verbrecher mit Rückfallgefahr nur mit Fußfessel-Überwachung wieder in die Freiheit zu entlassen, ist für **Benker** „ein Versuch am lebenden Menschen“. Er plädiert dafür, Möglichkeiten der Sicherungsverwahrung strenger zu prüfen. Bayerns Justizministerin **Beate Merk** räumte ein, dass es sich bei der Fessel lediglich um eine Notlösung handele – in einigen Fällen gebe es aber einfach keine Alternative.

Auch im Ausland ist die Fußfessel ein Thema. So hat der belgische Kindermörder Marc Dutroux beantragt, mit elektronischer Fußfessel aus dem Gefängnis entlassen zu werden. In vier Wochen entscheidet darüber ein Gericht.

BNN vom 5. Dezember 2012

Das Bundesverfassungsgericht kritisiert die Dauerüberwachung

Gesetz für Ex-Sicherungsverwahrte angemahnt

Karlsruhe (dpa). Das Bundesverfassungsgericht mahnt eine gesetzliche Grundlage für die Dauerüberwachung ehemaliger Sicherungsverwahrter an. Ansonsten nehme der Gesetzgeber in Kauf, dass solche Maßnahmen künftig für rechtswidrig erklärt würden, warnt das Gericht in einer gestern veröffentlichten Entscheidung.

Nur für eine Übergangszeit sei es in Ordnung wenn, sich die Polizei auf allgemeine gesetzliche Regelungen stütze. Außerdem müsse nach einiger Zeit neu begutachtet werden, ob von dem Entlassenen noch eine Gefahr ausgehe (Az.

1 BvR 22/12). Die Richter gaben der Beschwerde eines ehemaligen Sicherungsverwahrten aus Freiburg statt. Das Verwaltungsgericht muss nun erneut über die Observation entscheiden. 2009 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschieden dass die nachträgliche Verlängerung der Sicherungsverwahrung über die zuvor geltende Zehn-Jahres-Grenze hinaus gegen die Menschenrechtskonvention verstößt.

Daraufhin hatten die Gerichte die Freilassung zahlreicher Gewalt- und Sexualverbrecher angeordnet, obwohl sie

weiterhin als gefährlich galten. Die Polizeibehörden reagierten darauf zum Teil mit der Dauerbeobachtung - wie im konkreten Fall, des wegen zwei Vergewaltigungen verurteilten Mannes.

Diese Maßnahmen stellten einen schwerwiegenden Grundrechtseingriff dar, so die Verfassungsrichter, die zudem deutliche Zweifel äußerten, ob die allgemeinen Regeln des Polizeigesetzes, als Grundlage dafür ausreichen. Es handele sich wohl um eine neue Form einer polizeilichen Maßnahme, die „möglicherweise einer detaillierten Ermächtigungsgrundlage bedarf“, so die Richter.

Haftplatzentwicklungsprogramm Justizvollzug 2015

Der BSBD unterstützt den Neubau einer JVA in Rottweil mit 500 Plätzen uneingeschränkt

Wie bereits bei seiner Herausgabe bekundet, unterstützt der BSBD das im Jahre 2007 vom Ministerrat beschlossene Haftplatzentwicklungsprogramm 2015, soweit es um strukturelle Verbesserungen und um die Schaffung neuer Haftplätze geht. An den Zielen dieses Programms, dessen Kern die Schließung kleinerer (personal-)unwirtschaftlicher Vollzugseinrichtungen und die Schaffung von Vollzugsschwerpunkten ist, hält auch Justizminister Stichelberger unverändert fest.

Allerdings passt der **BSBD** genau auf, dass die in den letzten Jahren deutlich gesunkenen Gefangenenzahlen nicht zu voreiligen oder gar falschen Schlüssen führen. **Hier ist folgendes maßgeblich zu beachten:**

- Richtig ist, dass die Gefangenenzahlen in Baden-Württemberg von einem Höchststand in den 1990er Jahren von regelmäßig fast 9.000 Insassen nunmehr auf eine Zahl von 7.082 gesunken ist (Stand 31. März 2012, Stat. Bundesamt).

- Dass dennoch weiterer Haftraum vonnöten ist, zeigt der unerfreuliche Umstand, dass immer noch nicht allen Gefangenen der verfassungsgemäße Anspruch auf Einzelunterbringung während der Ruhezeit erfüllt werden kann.

So betragen die Anteile der Einzelunterbringung (Auszug Stat. Bundesamt)

– in Baden-Württemberg:	56,7 %
– in Bayern:	57,1 %
– in Nordrhein-Westfalen:	66,0 %
– in Hessen:	80,0 %
– in Berlin:	86,6 %
– in Hamburg:	95,3 %

Es bleibt also noch viel zu tun in unserem Lande, weshalb der **BSBD** auch den Neubau einer JVA in Rottweil mit 500 Plätzen uneingeschränkt unterstützt und auch weitere Baumaßnahmen in bestehenden Anstalten befürwortet.

- Auch der Schluss, dass mit sinkenden Gefangenzahlen auf Personal verzichtet werden kann, ist aus Sicht des **BSBD** unzulässig. In Zeiten massiver unerträglicher Überbelegung (z.T. mit sechs Gefangenen in einer „Drei-Mann-Zelle“) hat es nie einen „Personalvermehrung“ gegeben, sodass die Belastung der Bediensteten ebenso unerträglich war. Derzeit kann allenfalls und erfreulich von einer Rückkehr zur „Normalität“ gesprochen werden, womit es auch eher möglich ist, den gesetzlich vorgegebenen Behandlungsauftrag wieder viel ernster angehen zu können.
- Zuletzt ist es bei allen angestellten Prognosen ein merkwürdiges und unerklärliches Phänomen, wonach die statistische Entwicklung von Gefangenzahlen einfach nicht berechenbar und vorhersehbar zu sein scheint. Hier gab es zurückliegend schon viele Fehlerechnungen und Irrtümer.
- Weitere Informationen zum Thema mit aktuellen Punkten zum neuen Suchlauf für einen Standort einer JVA im Raum Rottweil sowie zur Schließung kleinerer Vollzugseinrichtungen – wie die Außenstelle Ellwangen der JVA Schwäbisch Gmünd – werden an anderer Stelle dieser Ausgabe behandelt. *wok*

Ausstieg aus Privatisierung im Justizvollzug

Vertrag mit privatem Dienstleister wurde zum Jahresende 2012 gekündigt

- Mit großer Freude und Genugtuung hat der **BSBD** die im Koalitionsvertrag vom Mai 2011 angekündigte Beendigung der Teilprivatisierung in der **JVA Offenburg** aufgenommen. Der Vertrag mit dem privaten Dienstleister **KÖTTER GmbH & Co. KG** wurde von der grün-roten Landesregierung fristgerecht zum Jahresende 2012 gekündigt; er wird Ende Mai 2014 auslaufen. Welche Bedeutung dieser Umstand hat, zeigt sich auch daran, dass diese Entscheidung in einer gemeinsamen Pressekonferenz und -mitteilung am 17. Juli 2012 von **Ministerpräsident Kretschmann** und **Justizminister Stichelberger** bekannt gegeben worden ist. Damit hat sich der nachhaltige Wunsch des **BSBD** erfüllt, die hoheitlichen Aufgaben im Justizvollzug ausschließlich von staatlichen Bediensteten ausführen zu lassen.
- Seit 2007, als die Privatisierungsplanungen für Offenburg begannen, hat der **BSBD** dieses Vorhaben nachdrücklich und hartnäckig kritisiert und abgelehnt. Dies hat auch nicht aufgehört, als im Frühjahr 2009 die JVA Offenburg mit einem Anteil von ca. 45 Prozent privater Mitarbeiter (101 Stellen) in Betrieb genommen wurde. **Jetzt hat der Ministerpräsident den BSBD bestätigt:** „Privatisierung hat im Justizvollzug keinen Platz, denn dort wird massiv in die Grundrechte Einzelner eingegriffen. ... Der Staat hat im Justizvollzug eine enorme Verantwortung – gegenüber der Allgemeinheit, aber auch gegenüber den Täterinnen und den Tätern.“ (*Der BSBD ergänzt: auch gegenüber seinen Bediensteten!*). Und der Justizminister meinte ebenfalls: „Wir können es uns als Staat nicht leisten, im Kern hoheit-

liche Tätigkeiten an Private zu vergeben.“ Dies sei ein „Irrweg“. Das Land dürfe im Strafvollzug nicht an Einfluss verlieren, sondern müsse als Dienstherr die Mitarbeiter aussuchen, schulen und weiterbilden. (*BNN v. 18.07.2012*)

- Der **BSBD** sieht sich in der Pflicht, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, dass diese grundsätzliche Entscheidung auf Dauer Bestand hat – und er wird sie – zusammen mit **Justizminister Stichelberger** – tatkräftig verteidigen.
- Es gab auch schon ganz praktische Probleme: Da es bereits im März 2012 wegen „Mangelserscheinungen“ beim privaten Dienstleister zu personellen Engpässen in der JVA Offenburg kam, konnte der **BSBD** beim Justizministerium erreichen, dass der Anstalt durch freiwillige Abordnungen bzw. Versetzungen in sozial verträglicher Weise geholfen werden konnte. Die Ausprägung und der hohe Wert der Kollegialität und Solidarität unter den Vollzugsbediensteten war sehr beachtlich und verdient große Anerkennung.
- Wenn schließlich die privaten 101 Stellen, die das Land jährlich 4,8 Mio. Euro kosten, entfallen, ist das Personal teilweise durch die Schließung der Anstalten in Heidenheim und in Heidelberg mit insgesamt 64 frei werdenden Stellen zu ersetzen, wobei auf regionale Umsetzungen und auf Sozialverträglichkeit geachtet wird. Da sonach nur 37 neue Stellen – anstatt 101 – geschaffen werden müssen, ist dies eine sehr sparsame Angelegenheit, die den Landeshaushalt schont. Es bleiben gewisse Zweifel, ob dies ausreichen wird. Der **BSBD** wird deshalb die Abwicklungen sehr kritisch beobachten und konstruktiv begleiten. *wok*



Landesverband Baden-Württemberg

Geschäftsverteilung der Landesvorsitzenden

Alexander Schmid

- OV: Freiburg, Konstanz, Ravensburg, Rottenburg, Rottweil, Stuttgart,
- FG: AVD, weibliche Bedienstete

Georg Konrath

- OV: Schwäbisch Hall, Bruchsal, Kislau, JVKH Hohenasperg, Sozialtherapeutische Anstalt

- FG: Ärztlicher Dienst, Krankenpfordienst, Sozialdienst, Psychologischer Dienst

Peter Zielinski

- OV: Offenburg, Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg
- FG: Höherer Dienst, gehobener Vw-Dienst, mittlerer Vw-Dienst, Tarifbeschäftigte, Pädagogischer Dienst

Michael Schwarz

- OV: Schwäbisch Gmünd, Ostalb, Ulm,
- FG: „Junge Bedienstete“

Wolfgang Neureuther

- OV: Adelsheim, Heimsheim, Pforzheim, Heilbronn

- FG: Technischer Dienst/Werkdienst, Landwirtschaftlicher Dienst

Barbara Reber

- Landesgeschäftsstelle und Geschäftsleitung des **BSBD** LV BW

Stellv. Landeskassier

Hans Karl (OV Stuttgart)

- **Kontaktbeamter zum Seniorenverband Öffentlicher Dienst Baden-Württemberg** zur Teilnahme an den vierteljährlich geplanten Sitzungen des Seniorenverbandes mit den kooperierenden Verbänden in Stuttgart.

Der BSBD ist gegen ein Sparsonderopfer für Landesbeamte

Eine Nullrunde oder Deckelung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung wird abgelehnt

Zum letzten Stand der bisherigen ausführlichen Berichterstattung des BSBD-Landesvorstands zu den Sparplänen der grün-roten Landesregierung für ihre Landesbeamten hier noch einige Anmerkungen: Die vom BBW getroffenen Entscheidungen zur Ablehnung eines Paktes mit der Landesregierung werden vom BSBD voll mitgetragen und unterstützt.

Zunächst sollte ein Abkommen getroffen werden, das für den Rest der Legislatur Ruhe und Sicherheit vor allem gegen unverhältnismäßige Eingriffe bei der Beihilfe, gegen eine Erhöhung bei der Wochenarbeitszeit und für verfassungsrechtliche Grundsatzfragen von Besoldung und Versorgung bringen sollte. Zu diesem Vorhaben seitens des BBW gab es spätestens bei der Vorstellung der Eckpunkte zum Doppelhaushalt 2013/2014 erhebliche Zweifel, dass eine Einigung möglich und überhaupt sinnvoll sei. Schließlich wurde vom Ministerpräsidenten und vom Finanzminister bereits angekündigt, dass sie im Nachtragshaushalt 2014 beim Sparen noch nachlegen wollen. „Wir haben es satt, dass diese Regierung den Beamtinnen und den Beamten Jahr für Jahr neue Sparauflagen durch die Hintertür verordnet“, erklärte der BBW-Vorsitzende **Stich**. Er machte unmissverständlich deutlich, dass er eine Nullrunde oder eine Deckelung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung (auf höchstens 1,5 %) rundweg ablehne.

Selbst eine Verschiebung von Gehalts- und Pensionserhöhungen hält der BBW-Vorsitzende für nicht gerechtfertigt, insbesondere im Hinblick auf den Sparbeitrag, den die Beamten im vergangenen Jahrzehnt durch wiederholte Sonderopfer zur Konsolidierung des Haushalts beigetragen haben. So seien die Gehaltserhöhungen bei den Landesbeamten um mindestens sechs Prozent niedriger ausgefallen als bei den Arbeitnehmern in der

Bundesrepublik. Und im Versorgungsbericht der Landesregierung aus dem Jahre 2010 heißt es: „Bei weiteren finanziellen Einschränkungen könnte der Gesetzgeber mit der verfassungsrechtlich vorgegebenen Grenze des Alimentationsprinzips in Konflikt geraten.“ (Quelle: *presseinfo des BBW vom 2. Oktober 2012*)

Von besonderer Bedeutung für den BSBD ist, dass in der letzten Woche (16. Oktober 2012) auch „die Richter und Staatsanwälte gegen die Besoldungspläne der Landesregierung mobil gemacht haben. Man lehne die im Entwurf für den nächsten Doppelhaushalt vorgesehenen Kürzungen der Bezüge empört ab, erklärte **Matthias Grewe**, Vorsitzender des Vereins der Richter.“ Während das Einkommen vergleichbarer Juristen in der Privatwirtschaft zwischen 1992 und 2007 um bis zu 44 Prozent gestiegen sei, habe die entsprechende Zunahme bei Richtern und Staatsanwälten nur 19 Prozent betragen. Die Besoldung sei mithin nicht mehr verfassungskonform und somit sei auch die Unabhängigkeit der dritten Gewalt im Staate in Gefahr. (Der Verein der Richter und Staatsanwälte hat nach eigenen Angaben mehr als 1600 Mitglieder und ist deren wichtigste Berufsvertretung im Land. *BNN v. 16. Oktober 2012*).

Im Dezember 2012 hat sich die Lehrgewerkschaft **VBE** mit ihren rund 15.000 Mitgliedern erneut zu Wort gemeldet und gegen die von der Landesregierung geplante Streichung von 11.600 Lehrstellen bis 2020 protestiert. Dabei fragen

die Lehrer auch: „Warum haben Sie 20 Millionen Euro für die Aufblähung Ihrer Ministerien ausgegeben?“

Zudem liegt dem BSBD eine detaillierte und autorisierte Liste über Stellenbesetzungen in den Ministerien im z. T. hohen B-Besoldungs-Bereich vor, ohne dass Ausschreibungen im Staatsanzeiger oder Beteiligungen der Personal- bzw. Frauenvertretungen erfolgt wären. Auch eine Reihe von Sprungbeförderungen sind vermerkt, die problemlos z. B. von A 13 nach B 3 führten.

Zitat: „In der Verwaltung gibt es viele gute Mitarbeiter. Da muss man nicht welche entlassen, um sie durch Parteimitglieder zu ersetzen.“

Fritz Kuhn, der neue Grüne Oberbürgermeister der Landeshauptstadt im Staatsanzeiger (*gem. BNN v. 16.01.2013*)

- Weitere Informationen zur aktuellen Entwicklung in dieser Sache sind in dem Beitrag zum BBW-Gewerkschaftstag am 4. und 5. Dezember 2012 in Ludwigsburg an anderer Stelle dieses Hefts abgedruckt. *wok*

Berichtigung

der Tabelle „Wahlergebnisse für den Landesvorstand“ in Heft 6/2012, S. 9

In der Tabelle ist die **Spalte 4** (Stimmenzahl Gesamt) versehentlich zusätzlich aufgenommen worden. Die in dieser Spalte wiedergegebenen Zahlen sind lediglich die „Ja-Stimmen“, wie sie ohnehin in der folgenden **Spalte 5** niedergelegt sind. Zur eindeutigen Klarstellung kann Spalte 4 sonach entfallen. **Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.** *wok*

Beamten- und Angestellten-Darlehen Partner der Nürnberger Versicherung

TOP-ZINSSÄTZE

- für Beamte und Tarifbeschäftigte ab 5-jähriger Beschäftigung
- auch für Pensionäre bis 58 Jahre
- Darlehenshöhe ab 10.000,00 € bis 80.000,00 €
- Festzinsgarantie, Laufzeiten 12, 15 und 20 Jahre
- Sondertilgung und Laufzeitverkürzung möglich
- auch ohne Ehepartner
- für jeden Zweck: Anschaffungen, Ausgleich Girokonto, Ablösung andere Kredite

Kostenlose Beratung Mo. bis Fr. von 8.00 bis 20.00 Uhr

Info-Büro: 08 00 - 7 78 80 00

Fax-Nr. 0 51 30 - 79 03 95

vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark

www.beamtendarlehen-center.de

E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332

Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

- solidarisch
- kompetent
- erfolgreich

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD beim Gewerkschaftstag 2012 des BBW gut aufgestellt

Volker Stich mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt

Protestkurs gegen die Grün-Rote Sparpolitik

Der **BBW-Gewerkschaftstag 2012** hat am 4. Dezember den Vorsitzenden **Volker Stich** mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt. **Stich**, der seit Dezember 2003 an der Spitze der Organisation steht, erhielt 97 Prozent der Stimmen.

Auch der **BSBD** war bei diesem herausragenden Ereignis mit einer starken Delegation vertreten. Neben dem Landesvorsitzenden und seinem ersten Stellvertreter nahmen auch der Landeskassier, der Schriftführer und die neu ernannte Geschäftsführerin teil. Zudem war auch Kollege **Detlef Hamacher** in seiner Funktion als Vorstandsmitglied des Regierungsbezirksverbands Tübingen unter den Delegierten. Unserem Landesvorsitzenden

Alexander Schmid wurde die besondere Ehre zuteil, die Kandidatur des Kollegen **Volker Stich** bekanntzugeben und so zu seiner Wiederwahl aufzurufen. Besonders beachtlich war auch, dass der Vorsitzende **Stich** bei seiner Rede mehrfach den **BSBD-Delegiertentag in Schwäbisch Gmünd** als sehr gut gelungene und öffentlich wirksame Gewerkschaftsveranstaltung erwähnte. Dieser Schluß ist auch aus dem Foto mit den gut gelaunten Teilnehmern um den alten und neuen Vorsitzenden augenfällig.



V.l.: Geschäftsführerin Reber, Schriftführer Rinklin, BSBD-Vorsitzender Schmid, BBW-Vorsitzender Stich, Erster stellv. Vorsitzender Konrath, Landeskassier Maertins.

Generalangriff auf einseitige Sparpolitik zu Lasten der Beamten

Der wiedergewählte Vorsitzende geht mit der grün-roten Landesregierung hart ins Gericht

Die Öffentlichkeitsveranstaltung am 5. Dezember 2012 im Rahmen des **BBW-Gewerkschaftstags** startete **Volker Stich** mit einem Generalangriff auf die grün-rote Landesregierung und ihre einseitige Sparpolitik zulasten der Beamtenschaft.

In Gegenwart von Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** und zahlreichen Vertretern aus Politik und Gesellschaft sprach er von Sparorgien zulasten von Beamten und Versorgungsempfängern und prangerte eine Klientel bedienende Ausgabenpolitik der Landesregierung an. Die Beamtenschaft stehe heute berechtigt in kritischer Distanz, ja im Konflikt zu dieser Landesregierung, rief **Stich** warnend dem Regierungschef und den Abgeordneten der **Grünen** und der **SPD** in der ersten Reihe des Forums in Ludwigsburg zu und forderte die Regierung zur Umkehr auf.

„Ein Land, das gute Verhältnisse erhalten will, braucht einen guten öffentlichen Dienst mit attraktiver Bezahlung.“ Für diesen Satz hatte die grüne Bundespolitikerin **Renate Künast** beim **dbb Gewerkschaftstag 2012** vor wenigen Wochen in Berlin zustimmenden Beifall erhalten. In Ludwigsburg erinnerte **BBW-Chef Stich** den Ministerpräsidenten an diese Worte und forderte ihn



BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid ruft zur Wahl des BBW-Vorsitzenden auf.

auf, endlich entsprechend zu handeln. Zugleich verwies er auf das Verhältnis zwischen der Landesregierung und „ihrem öffentlichen Dienst“ und hier insbesondere zu den Beamtinnen und Beamten, das unter großen Belastungen stehe.

Lange habe die Landesleitung des **BBW** versucht, einen konstruktiven und wohlwollenden Umgang mit der Regierung und den sie tragenden Fraktionen im Landtag aufrecht zu erhalten, sagte **Stich**. Doch bei jedem neuen Anlauf seien erste Signale schnell versendet, die darauf abzielten, gemeinsam mit der Be-

amtenschaft für die gesamte Legislatur abgestimmte Positionen in einem Vertrag festzuschreiben.

Sein Dank galt in diesem Zusammenhang **SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel**, der nicht nachgelassen habe, auf einen Vertrag hinzuarbeiten. Ein solcher Vertrag hätte Klarheit darüber geschaffen, was in dieser Legislatur auf die Beamtenschaft zukomme und was nicht.

Klarheit und Verlässlichkeit, das erwarten die Menschen zu Recht von den Politikern, betonte **Stich**. Aber gerade diese Klarheit und Verlässlichkeit vermissen die öffentlich Beschäftigten bei dieser Regierung. Allen voran die Beamtinnen und Beamten, aber auch der Nachwuchs bis hin zu den Versorgungsempfängern seien „enttäuscht“, zutiefst betroffen und verärgert.

„Diese Landesregierung ist angetreten, es besser zu machen“, erinnerte **Stich** die Regierungsvertreter an ihre Zusagen von einst. **Übrig geblieben seien letztlich nur massive Beamtensonderpropheten.**

Nach nur 18 Monaten Regierungsverantwortung habe **Grün-Rot** bereits zwei Sparrunden im Beamtenbereich durchgeführt und eine weitere angekündigt. Das **Sparpaket I** habe dem Land über eine Verschiebung der Besoldungsanpassung und erste Eingriffe im Beihilfesystem

130 Millionen Euro Einsparungen im Jahr 2012 gebracht. Am **Sparpaket II**, das gerade in diesen Wochen im Haushaltsbegleitgesetz zur Verabschiedung ansteht, kritisierte **Stich** vor allem, dass damit Berufsanfänger im Beamtenverhältnis zur Kasse gebeten werden. Mit dem Hinweis auf den Wegfall der Praxisgebühr prangerte er jedoch auch die erneuten Eingriffe in die Krankenfürsorge der Beamten an: „**Das ist ungerecht und unsozial.**“

Kritisch äußerte sich **Stich** auch zu dem angekündigten **Sparpaket III**, den Überlegungen der Regierung nämlich, das im Frühjahr 2013 zu erwartende Tarifergebnis für die Tarifbeschäftigten der Länder nicht zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenschaft zu übernehmen.

Eine **Nullrunde**, selbst eine Deckelung oder Verschiebung werde der **BBW nicht hinnehmen**, kündigte **Stich** an und verwies auf die **Geschlossenheit** der **BBW**-Mitgliedsverbände: „**Wir werden nach der Entscheidung zur Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten – falls nötig – den Weg auf die Straße suchen, da der Platz in der Liederhalle nicht mehr ausreichen wird.**“

Das immer wieder von Regierungsseite vorgebrachte Argument, bei der Konsolidierung des Haushalts könne man den Personalkostenanteil von 40 Prozent nicht ausklammern, wischte **Stich** mit einem Handstreich beiseite. Die Deckungslücke im Haushalt sei nicht schlagartig aufgrund wegbrechender Steuereinnahmen entstanden. Sie sei vielmehr der politischen Schwerpunktsetzung dieser **grün-roten Landesregierung** geschuldet, die den Landeshaushalt um zwei Milliarden Euro aufblähe. Dafür habe der **BBW** keinerlei Verständnis, zumal die Beamtenschaft durch die Spareingriffe dafür zur Kasse gebeten werde.

Zurückgewiesen hat **BBW-Chef Stich**

Vorhaltungen von Regierungskreisen, die von einer „Fundamentalopposition“ des Beamtenbundes sprechen. Der **BBW** habe seit eh und je – und somit in vielen Jahren einer **CDU**-geführten Landesregierung – stets den Finger in offene Wunden gelegt und auch heftige Auseinandersetzungen mit Vorgängerregierungen nicht gescheut. Doch stets hätten die Argumente des **BBW** und auch der drohende Unbill mit der Beamtenschaft Wirkung gezeigt und zumeist nach einem Prozess des harten Ringens zu vernünftigen Kompromissen geführt. Als neu unter **Grün-Rot** bezeichnete **Stich** „**die erhebliche Diskrepanz zwischen Ankündigungen und der Umsetzung eines neuen Politikstils**“ und die fehlenden Ergebnisse. Dennoch signalisierte er weiterhin Dialogbereitschaft unter der Voraussetzung, dass die **ungerechtfertigten Sparorgien** bei den Beamtinnen und Beamten **ein Ende** finden.

Ministerpräsident weist alle Vorhaltungen zurück

Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** ließ allerdings Vorhaltungen über ungerechtfertigte Sparmaßnahmen nicht gelten. Er verwies auf den Personalkostenanteil von über 40 Prozent im Haushalt und erklärte, es sei unmöglich, einen Etat mit einem strukturellen Defizit in Höhe von 2,5 Milliarden Euro ohne Einschnitte beim Personal zu sanieren. „**Man kann einen solchen Haushalt nicht sanieren, ohne dass es jemand merkt. Man kann ihn auch nicht sanieren, ohne dass es jemanden schmerzt**“, sagte **Kretschmann**. (*Wieso werden die Schmerzen eigentlich nur und exklusiv den Beamten zugefügt? Red.*) „Die Zahlen sind, wie sie sind. Daran kann ich erst mal nichts ändern“, warb der Regierungschef um Verständnis für die Sparmaßnahmen, die unumgänglich seien. „Wir wollen Sie schließlich auch künftig



Gemeinsame Position: Manfred Ripberger, Alexander Schmid, Ralf Kusterer und Gerhard Brand.

noch angemessen besolden und versorgen“, erklärte er und machte die Vorgängerregierungen aus **CDU** und **FDP** für die desolante finanzielle Haushaltslage verantwortlich.

Den Beamten aber sprach Ministerpräsident **Kretschmann** Dank und Anerkennung für ihre hervorragende Arbeit aus. Er könne ohne einen funktionierenden

öffentlichen Dienst das Land gar nicht regieren.

Grußworte der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/DieGrünen und SPD

Auch **Edith Sitzmann**, die Fraktionsvorsitzende von **Bündnis 90/Die Grünen**, zollte den Beamtinnen und Beamten Respekt für die Leistung, die sie tagtäglich erbringen. Sie erinnerte daran, dass die Landesregierung – aus gutem Grunde – die Steuerverwaltung personell aufgestockt und beispielsweise auch in die frühkindliche Betreuung investiert habe, was schließlich auch jungen Beamtenfamilien zugute komme.

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel räumte mit Angriffen aus der Oppositi-



Man hofft, es nutzt: Claus Schmiedel und Lars Rinklin.

Fotos (4): BBW/BSBD

on auf. Er wies alle Vorhaltungen zurück, wonach die Regierung zu Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen maßlos Geld ausgabe, das sie dann bei den Beamten wieder einspare.

„Sie verwechseln Brutto mit Netto“, hielt er seinem Kollegen, dem Abgeordneten **Klaus Hermann** von der **CDU** vor, der von nie dagewesenen Steuermehreinnahmen gesprochen hatte.

(aus: *BBW-Magazin*, Ausgabe 12, Dezember 2012)

Zum Abschluss wollen wir noch zwei Zitate aus Sicht des **BSBD** beisteuern: In dem Buch (Herausgeber sind **Johanna Henkel-Weidhofer** und **Peter Henkel**) mit dem Titel „*Reiner Wein. Politische Wahrheiten in Zeiten knapper Ressourcen*“ (*Herder-Verlag Freiburg*) fordert **Ministerpräsident Winfried Kretschmann** in einem dort abgedruckten Interview Verständnis von den Beamten: „*Bei denen wollen und müssen wir einige Sparmaßnahmen machen. Die jammern auf hohem Niveau, tun aber so, als drohe der Weltuntergang.*“ Und anderorts: *Es sei vollkommen ausgeschlos-*

sen, „einen Haushalt mit mehr als 40 Prozent Personalkosten zu sanieren, ohne dass es den Beamten auch mal ans Fell gehe.“ (BNN vom 7. November 2012)

Hier verkennt Herr Ministerpräsident zweierlei Realitäten: Zum einen möge er uns vom **BSBD** diejenigen Kolleginnen und Kollegen aus 88 Prozent im mittleren Dienst und so in den Besoldungsgruppen A7 bis A9 zeigen, die überhaupt auf „hohem Niveau“ jammern können und zum Zweiten waren die Beamten und Beamtinnen in den letzten zehn Jahren nie außen vor, wenn es jemanden „ans Fell gegangen“ ist.

Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit sagt: „Um wirklich gute Produkte und Dienstleistungen zu bringen, muss man in die Menschen investieren. ... Nicht nur hochqualifizierte Ingenieure, sondern auch freundliche Portiers oder kompetente Fachverkäuferinnen sind für ein Unternehmen sehr viel wert. Und wie will ich von einem Menschen fordern, einen Beitrag zu leisten, wenn ich ihn nicht angemessen bezahle?“ Genauso wichtig sei aber auch das Gefühl, dass der Arbeitgeber ihnen Anerkennung und Wertschätzung ent-

Resolution

Der Gewerkschaftstag 2012 des **BBW-Beamtenbund Tarifunion** hat am 4. Dezember 2012 die Grundsatzpositionen der gewerkschaftlichen Arbeit der kommenden fünf Jahre beschlossen, in einer Resolution festgeschrieben und der neuen Landesleitung damit einen klaren Auftrag erteilt.

Der BBW-Beamtenbund Tarifunion ist

1. für die **Teilhabe** der öffentlich Beschäftigten in Baden-Württemberg an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,
2. für die **Sicherung** der Qualität und Attraktivität des öffentlichen Dienstes,
3. für die **Weiterentwicklung** und Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts in Baden-Württemberg,
4. für die **Beibehaltung** des Flächentarifvertrags und den Ausbau der Altersteilzeit und
5. für die **Stärkung** der Personalvertretung.

Der BBW-Beamtenbund Tarifunion ist

6. gegen **Sonderopfer** der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg,
7. gegen **Eingriffe** in die eigenständige Beamtenversorgung und
8. gegen **Eingriffe** in die Beihilfe und freie Heilfürsorge.

gegenbringe. (BNN vom 17. Dezember 2012).

Dies ist ohne jeden Abstrich auch auf unsere Lage übertragbar. Vom **BBW-Gewerkschaftstag** wurde auch eine Reso-

lution verabschiedet, deren Grundsätze auf dieser Seite abgedruckt sind. Die Begründungen in der Anlage zur Resolution können auf der Homepage des **BBW** eingesehen werden. *wok*

Noch einmal: Haftplatzentwicklungsprogramm 2015

Eine unendliche Geschichte und immer für Überraschungen gut Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Rottweil

Die Geschichte des Neubaus einer Justizvollzugsanstalt **ROTTWEIL**, ja allein die Standortsuche dafür, nehmen in den Bau-Annalen von Gefängnissen so langsam rekordverdächtige Ausmaße ein. Man muss lange in den Archiven nachsuchen, um überhaupt einen Anfang zu finden. Tatsache ist, dass die kleine, im Jahre 1860 erbaute Hauptanstalt Rottweil (22 Haftplätze; alle Zahlen aus: Haftplatzentwicklungsprogramm 2015, Ausgabe April

2007) mit ihren drei Außenstellen Hechingen (32 HPI), Oberndorf (19 HPI) und Villingen-Schwenningen (22 HPI) schon lange mit nur hoher Personalbelastung zu betreiben und sehr schwierig zu leiten war und ist. Deshalb gab es bereits Ende des letzten Jahrhunderts – ein genauer Beginn ist nicht mehr auszumachen – Überlegungen für einen Neubau in Rottweil. (Bauplanungsentwurf Justizvollzug 2050).

Beim Blättern in den alten **VOLLZUGSDIENSTEN** war in Heft 3/2005 ein Artikel mit Foto aus dem „Schwarzwälder Boten“ vom 13. April 2005 zu finden, der eine froh gestimmte Gruppe von namhaften Politikern und hochrangigen Verwaltungsleuten mit einem lachenden Anstaltsleiter **Wolfgang Williard** zeigt. Überschrift des Artikels: „Gefängnisneubau soll früher kommen“. Der damals schon als Strafvollzugsbeauftragter tätige Abgeordnete **Karl Zimmermann** war sehr zuversichtlich, „dass bis 2010/11 der Spatenstich für dieses 70-Millionen-Projekt erfolgt.“ Es sah zunächst auch ganz gut aus: Oberbürgermeister und Gemeinderat der

Großen Kreisstadt Rottenburg wollten das Gefängnis, ein Gemeinderatsbeschluss wurde gefasst, der immer noch Gültigkeit hat, und ein Baugelände am Stallberg war gefunden – bis eine weiche Gipsformation im Boden des Bauplatzes alle Planungen über den Haufen warf. Was nun folgte war ein Trauerspiel: Neue

Baustandorte wurden gesucht – und auch gefunden, zuletzt im Bitzwald bei Zepfenhan. Und wie bei solchen Vorhaben zu erwarten, gab es dort stehenden Fußes die Bürgerinitiative „**Rette den Bitzwald!**“ von den Zepfenhaner Bürgern. Diese hatten das ungeheure Glück, dass Mitte bis Ende 2010 gerade Landtagswahlkampf war, so dass sie vom Vorsitzenden der **Grünen** und Landtagskandidaten **Winfried Kretschmann** das populäre Versprechen erhielten, „die Gefängnisfrage neu aufzurollen“. Dieses Versprechen mündete in einen Standortsuchlauf für einen zwölf Hektar großen Bauplatz im Städtedreieck Rottweil, Donaueschingen und



Foto: Schwarzwälder Bote 2005

Tuttlingen (*Schwarzwälder Bote vom 20. November 2012*). Dieser neuen – und unnötigen – Entwicklung hatte sich natürlich auch **Dr. Nils Schmid** angeschlossen (*Schwarzwälder Bote vom 4. November 2011*), der als Finanz- und Wirtschaftsminister Herr über die Vermögens- und Bauverwaltung ist und somit als Geldgeber das Sagen hat.

Der Suchlauf war bis Ende März 2012 befristet. Bis dahin lagen „sieben Vorschläge innerhalb und drei außerhalb des Suchdreiecks...dem ‚Landesbetrieb Vermögen und Bau‘ vor“ (*ebd. v. 20. November 2011*).

Das ganze unerfreuliche Dilemma spiegelte sich im November 2012 in den Schlagzeilen der regionalen Presse wider, die hier auszugsweise zitiert werden sollen:

- **JVA: Rottweil nicht auf Platz eins** (*Schwarzwälder Bote 19. November 2012*)
- **Kommt der große Knast nach Hechingen?** (*Südwestpresse 19. November 2012*)
- **Rottweiler Chancen auf Gefängnisneubau schwinden: Der Knast kommt wohl nach Tuningen** (*NRWZ – Neue Rottweiler Zeitung 21. November 2012*)
- **Tuningen im Gespräch für Großgefängnis-Neubau** (*Südkurier 21. November 2012*) und **Neues Großgefängnis soll nach Tuningen an die Autobahn**
- **Gefangen im Suchlauf für JVA** (*Schwarzwälder Bote 21. November 2012*)



Ingeborg Gekle-Maier von der BI Zepfenhan übergibt Finanzminister Schmid ihre Protestschrift.

Foto: Privat

Die letzte Schlagzeile ist wohl die zutreffendste: auf kommunaler Ebene ist man verwirrt, die Bürgermeister beklagen Informationslöcher und ergehen sich in Solidarität oder gegenseitigem Gerangel, teils herrscht Freude, teils Enttäuschung.

„Hinter den Kulissen wird eifrig geprüft, werden Notizen gemacht und Zettel hin- und hergeschoben. Auf dem Papier steht: Die privaten Standorte Tuningen und Weinheim landen auf Platz 1 und 2; das lange Zeit favorisierte Rottweil mit einem der vier vorgeschlagenen Standorte (Esch, Stallberg, Bitzwäldle und Hochwald) auf Platz 3.“ (*Schwarzwälder Bote 21. November 2012*)

Die neueste Variante ist, dass dem Bürgermeister von Meßstetten, das übrigens außerhalb des „Suchdreiecks“ und verkehrsunünstig liegt, eine Zusage des Ministerpräsidenten vorliegen soll, wonach der Anstaltsneubau als Kompensation für die brachliegenden Bundeswehrkasernen erhalten soll.

Hierzu noch **SPD-Fraktionsvorsitzender Claus Schmidel**: „Ein Ergebnis steht noch nicht fest, die Würfel sind keineswegs gefallen.“

Und der BSBD?

- ▶ **Der Landesverband erwartet, dass vorzugsweise in Rottweil eine gut strukturierte, multifunktionale und nach den neuesten Sicherheitserkenntnissen ausgelegte Justizvollzugsanstalt mit rund 500 Haftplätzen alsbald erbaut wird.** Bauliche und dienstliche Gestaltung werden ein effektives Arbeiten für die Bediensteten sowie eine wirksame Behandlung und eine sichere Unterbringung der Insassen – besser als unter den derzeitigen Gegebenheiten – ermöglichen. Dies wird auch gestützt durch den Umstand, dass landesweit die gesetzlich vorgesehene Einzelunterbringung immer noch nicht erreicht ist.
- ▶ **Der Anstaltsneubau ist auch der hohen regionalen Bedeutung des Justizstandorts Rottweil mit eigener Staatsanwaltschaft und Landgericht geschuldet.** Andere größere Anstalten, die die Belange der Justiz vor Ort erfüllen könnten, sind zu weit entfernt.
- ▶ **Der BSBD erwartet auch eine zeitnahe Entscheidung, da nicht nur bei den betroffenen Kommunen, sondern vor allem unter den Rottweiler Kolleginnen und Kollegen große Verunsicherung über den Fortgang der vor langer Zeit fast abgeschlossenen Bauplanung herrscht.**
- ▶ **Der BSBD hat im Übrigen keine Zweifel, dass diese neue Vollzugsanstalt kommt, da sie im Haftplatzentwicklungsprogramm 2015 fest verankert ist; dort steht: Rottweil – Neubau 2014.**

Schließung der Außenstelle Ellwangen der JVA Schwäbisch Gmünd

Das Haftplatzentwicklungsprogramm 2015 verlangt nicht nur Geduld, es ist auch gelegentlich für Überraschungen gut. So kam die Ankündigung des Justizministeriums zur möglichen Aufgabe der Außenstelle Ellwangen Anfang Januar 2013 doch recht unerwartet.

Der Landesvorsitzende des **BSBD Alexander Schmid** wurde über diese Einzelmaßnahme im Rahmen „allgemeiner Strukturüberlegungen“ unverzüglich am 3. Januar 2013 von **Justizminister Rainer Stichelberger** informiert.

In seinem Schreiben ist ausgeführt: „Aufgrund der derzeitigen Belegungssituation besteht nach der Fertigstellung des geplanten Erweiterungsbaus in der Justizvollzugsanstalt Heilbronn voraussichtlich keine Notwendigkeit für den Weiterbetrieb der in vollzuglicher Hinsicht veralteten und in personalwirtschaftlicher Hinsicht aufwändigen Außenstelle Ellwangen mehr. Die Einrichtung soll daher geschlossen werden, sofern die künftige Entwicklung der Gefangenzahlen dem nicht entgegensteht.“

Dies wird jedoch nachzeitigem Stand frühestens im zweiten Halbjahr 2015 möglich sein. Wir haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über diese Pläne informiert und werden gemeinsam mit ihnen nach sozialverträglichen Lösungen der Weiterbeschäftigung in einer der benachbarten Vollzugseinrichtungen suchen. Ich rechne auf Ihr Verständnis für diese notwendige Entscheidung.“ Wenn diese Formulierungen auch noch einen Ausweg zum Erhalt der Außenstelle Ellwangen offen lassen, erscheint diese Chance relativ gering, obgleich künftige Gefangenzahlen schon immer unberechenbar waren.

Der **BSBD** hat stets bekundet, dass er das Haftplatzentwicklungsprogramm 2015 unterstützt, soweit es um strukturelle Verbesserungen, um die Schaffung neuer Haftplätze und vor allem nicht um Personaleinsparungen geht. Ebenso hat **Justizminister Stichelberger** bereits bei seinem ersten Gespräch mit dem **BSBD** im Juli 2011 keinen Zweifel daran gelassen, dass er an den Zielen des von der Vorgängerregierung beschlossenen Programms zur „moderneren und effektiveren Gestaltung der baden-württembergischen Vollzugslandschaft“ festhält und es fortzuführen gedenkt.

Nun besteht das Dilemma, dass im Programm 2015 – im Gegensatz zu den Außenstellen Heidenheim (2013) und Heidelberg (2011) – eine Schließung der Außenstelle Ellwangen einerseits

gar nicht erwähnt ist, andererseits aber einige Vollzugseinrichtungen noch voll in Betrieb sind, die bereits 2011 hätten geschlossen werden sollen. Die Sachlage ist insoweit kompliziert, aber nicht verwunderlich, als die Umsetzung solcher Programme häufig aus Finanzierungsgründen in Zeitverzug gerät oder andere unvorhersehbare Ereignisse eintreten, die im Justizvollzug ja immer möglich sein können. Einige vollzugliche, justizpolitische und kommunale Argumente spre-



2015 soll das Ellwanger Gefängnis geschlossen werden.

Foto: gr

chen möglicherweise für den Erhalt der Außenstelle Ellwangen; hierzu zählen:

- die Bedeutung des Justizstandorts Ellwangen – wie in Rottweil – mit Staatsanwaltschaft und Landgericht,
- die relativ weiten Entfernungen zu anderen Anstalten, wodurch Vorführungen von Gefangenen zu den Ellwanger Gerichten zeit- und personalaufwändig sowie sicherheitsproblematisch werden können,
- die ebenfalls weiten Wege für die noch in Ellwangen tätigen Bediensteten zu ihren künftigen Arbeitsplätzen,

- die von der Kommune bedauerte Aufgabe des Gefängnisses nach bereits erfolgtem Abzug der Bundeswehr und des Finanzamtes.

Es ist aber auch bekannt, dass für die Außenstelle ein hoher Sanierungsbedarf besteht.

Im Gesamten ist das **Haftplatzentwicklungsprogramm 2015** für den **BSBD** derzeit keine abgesicherte Grundlage mehr, da offenbar auch Zufälligkeiten eintreten können. Wir bitten deshalb darum und erwarten, dass das **Haftplatzprogramm 2015** unter Beachtung möglicher künftiger Entwicklungen im Justizvollzug fortgeschrieben und in ein belastbares **Haftplatzentwicklungsprogramm 2020** übergeführt wird.

Dies erscheint umso notwendiger, als kommunale Partner der Justiz ebenso einer Planungssicherheit bedürfen wie die vielen Kolleginnen und Kollegen in den Anstalten, die betroffen sein können. Eine ähnliche Einschätzung liegt offenbar auch im Justizministerium vor. Dies geht auch aus einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten **Felix Schreiner** von der **CDU** hervor, der im November 2012 die Landesregierung nach den Plänen der Schließung der **JVA Waldshut-Tiengen** befragte.

In seiner Antwort vom 10. Dezember 2012 konnte Justizminister **Rainer Stichelberger** zwar keine konkreten Termine benennen, er ergänzte aber, dass die Schließung der nicht mehr „entwicklungsfähigen Hauptanstalt in Waldshut-Tiengen“ vorgesehen bleibt. Zum weiteren Fortgang bemerkte er: „Eine

Fortschreibung des Haftplatzentwicklungsprogramms ist derzeit in Vorbereitung und hängt maßgeblich von der Entscheidung über den Neubau einer Justizvollzugsanstalt im südwürttembergischen Landesteil ab.“

(*LT-Drucksache 15/2754 vom 28. November 2012*)

Bei dieser weiteren Entwicklung wird der **BSBD** standhaft an seinen Grundsätzen festhalten und sie – wenn nötig – kraftvoll verteidigen; dazu gehören:

- **Unterstützung struktureller Verbesserungen für Bedienstete und Gefangene,**
- **Schaffung weiterer Haftplätze – insbesondere mit der Zielsetzung der verfassungsgemäßen Einzelunterbringung von Gefangenen in allen Anstalten,**
- **bei strukturellen Eingriffen:**

- **Abfederung und flankierende Maßnahmen durch sozialverträgliche Regelungen für betroffene Bedienstete,**
- **keine Stellenstreichungen, sondern zumindest Erhalt der Personalzahlen angesichts der künftigen Herausforderungen für den Justizvollzug** (neue JVA mit 500 Haftplätzen, Neugestaltung SV, Maßnahmen zur Gewalt-Deeskalation – besonders im Jugendstrafvollzug mit Wohngruppen bzw. „Just Communities“, demografische Problemstellungen u.v.a.m.).

Zu alledem bietet der **BSBD** tatkräftig seine kooperativen und auch kritischen Beiträge an und er erwartet – wie bisher – jeweils rechtzeitige Informationen und seine Einbindung zur Lösung anstehender Vollzugsfragen. wok

Was lange währt...

Der Internetzugang in den Anstalten ist jetzt geregelt

Der **BSBD-Landesvorstand** brauchte schon sehr viel Ausdauer, um seine lange ins Auge gefasste und immer wieder vorgetragene Zielvorstellung zu erreichen. Nun ist es gelungen – der Erfolg hat sich eingestellt. Das Justizministerium hat mit einem Erlass vom 9. Oktober 2012 den Internetzugang für alle Mitarbeiter/-innen des Justizvollzugs geregelt.

Wir zitieren aus dem Erlass: „Entsprechend dem Ergebnis der Dienstbesprechung der Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter am 3. Mai 2012 sowie der weiteren Prüfungen durch die zuständigen Fachabteilungen kann den Mitarbeiter/-innen des Justizvollzugs nunmehr ein großzügiger Zugang zum Internet gewährt werden.



Foto: ©Gerd Altmann/pixelio

Neben den bisherigen Berechtigungsgruppen (Intranet – eingeschränkte Gruppe – erweiterte Gruppe) wurde eine weitere Berechtigungsgruppe ‚Internet (ohne soziale Netzwerke)‘ eingerichtet, der die Mitarbeiter/-innen des Justizvollzugs in der Regel zugeordnet werden können. Die Gewährung eines Vollzugsgriffs (erweiterte Gruppe) für alle

Mitarbeiter/-innen des Justizvollzugs war demgegenüber nicht zielführend. Die ‚erweiterte Gruppe‘ soll nur einem ausgewählten Personenkreis zur Verfügung gestellt werden, deren Mitglieder für dienstliche Belange auch die Seiten sozialer Netzwerke nutzen müssen.“ (Die gesperrten Internetseiten von „sozialen Netzwerken“ sind den Anstalten bekanntgegeben und können erfragt werden.)

„Ungeachtet dessen gilt selbstverständlich weiterhin der Grundsatz, dass das Internet allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizvollzuges nur für dienstliche Belange zur Verfügung steht. Wir bitten, die Einrichtung der neuen Berechtigungsgruppe in den Justizvollzugsanstalten bekannt zu machen und entsprechend umzusetzen.“ asm/wok

Antrag im Landtag:

Sonderurlaub für ältere und im Wechselschichtdienst tätige Bedienstete

Umsetzung für das Jahr 2013 vorgesehen

In Anlehnung an entsprechende Planungen des baden-württembergischen Innenministeriums für Polizeibeamte und -beamtinnen wurde von der FDP unter Federführung ihres Strafvollzugsbeauftragten Prof. Dr. Goll eine Antragsinitiative im baden-württembergischen Landtag zur Gleichstellung für die Bediensteten im Justizvollzug eingebracht, die einen vergleichbaren belastenden Dienst abzuleisten haben.

In einem Antwortschreiben hat **Innenminister Reinhold Gall** mitgeteilt, dass die Umsetzung dieses Vorhabens für das Jahr 2013 vorgesehen sei und dass das Justizministerium einen zeitgleichen Regelungsbedarf zur Übernahme für die Bediensteten des Justizvollzugs sieht.

Parallel zu diesem Schriftwechsel fand ein reger Austausch von E-Mails zwischen dem Landesvorsitzenden **Schmid** und der Parlamentarischen Beraterin **Dr. Christine Rex** statt. Dabei wurde auch die Frage nach der „zweigeteilten Laufbahn“ thematisiert, wie sie bereits im Koalitionsvertrag vom Mai 2011 weitgehend für die Polizei festgelegt wurde und die nunmehr dort eingeführt werden soll. Kritisch dazu hat sich allerdings der Vorsitzende der **DPolG BW – Joachim Lautensack** – geäußert, der in diesem Vorhaben auch eine „Mogelpackung“ vermutet. (*Staatsanzeiger v. 23.11.2012 u. BNN v. 10.12.2012*)

Gleichwohl hat Frau **Dr. Rex** mitgeteilt, dass die **FDP-Fraktion** „weiter auf einen Gleichlauf der Verbesserungen in Polizeivollzug und Justizvollzug pochen“ wird. Auf dieses Anliegen habe **Prof. Dr. Goll** „in seiner Plenarrede zum Justizhaus-

halt auch noch einmal explizit hingewiesen. Er führte unter anderem aus, dass man, wenn man bei der Polizei über zusätzliche Urlaubstage und über Maßnahmen, die in Richtung einer zweigeteilten Laufbahn gehen, redet, man fairerweise immer auch über den Strafvollzug sprechen muss, da dieser mit der Polizei absolut vergleichbar sei...“ Da war es eine Selbstverständlichkeit, dass der Landes-



Prof. Dr. Ulrich Goll, FDP.

gegenüber der Presse verkündet, es sei vorgesehen, älteren und im Wechselschichtdienst tätigen Polizisten fünf zusätzliche Urlaubstage im Jahr zu gewähren. Dies ist eine sinnvolle Maßnahme, die allerdings den in vergleichbarer Weise Belastungen unterliegenden Bediensteten im Justizvollzug in gleicher Weise zugesprochen werden sollte. Daher soll die Landesregierung erklären, ob sie gleiches für den Justizvollzug vorsieht bzw. wenn nein, mit welcher Begründung dies für den Justizvollzug nicht gewährt wird.

vorsitzende seinen **herzlichen Dank** für diesen nachhaltigen Einsatz von **Prof. Dr. Goll** aussprach. *wok*

Antrag der Abg. Dr. Ulrich Goll u. a. FDP/DVP

Landtag von Baden-Württemberg,
15. Wahlperiode; Drucksache 15/2740;
Eingang: 27. 11. 2012

Sonderurlaub für Bedienstete im Justizvollzug

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. in welchem Umsetzungsstadium sich die Pläne des Innenministeriums befinden, fünf Tage Sonderurlaub für ältere und im Wechselschichtdienst tätige Polizisten zu gewähren;
2. ab wann ggf. die Neuregelung in Kraft treten soll und wie viele Bedienstete der Polizei davon betroffen sein werden;
3. ob Planungen bestehen, eine solche Regelung auch für die Bediensteten im Justizvollzug zu treffen und wenn ja, ab wann dort die Regelung in Kraft treten soll und wie viele Bedienstete im Justizvollzug davon betroffen sein werden und wenn nein, warum keine vergleichbare Regelung getroffen wird.

II.

1. dafür Sorge zu tragen, dass die Bediensteten im Justizvollzug, die vergleichbaren Belastungen ausgesetzt sind, auch in gleicher Weise von Sonderregelungen im Polizeidienst profitieren;
2. zu prüfen, ob eine Übertragung auch auf andere Landesbedienstete, z. B. bei der Feuerwehr, opportun wäre und dies ggf. ebenfalls umzusetzen.

26.11.2012

Prof. Dr. Goll, Dr. Bullinger,
Haufmann, Dr. Kern, Glück FDP/DVP

Begründung

Das Innenministerium Baden-Württemberg hat am 16. November 2012

gegenüber der Presse verkündet, es sei vorgesehen, älteren und im Wechselschichtdienst tätigen Polizisten fünf zusätzliche Urlaubstage im Jahr zu gewähren. Dies ist eine sinnvolle Maßnahme, die allerdings den in vergleichbarer Weise Belastungen unterliegenden Bediensteten im Justizvollzug in gleicher Weise zugesprochen werden sollte. Daher soll die Landesregierung erklären, ob sie gleiches für den Justizvollzug vorsieht bzw. wenn nein, mit welcher Begründung dies für den Justizvollzug nicht gewährt wird.

Stellungnahme des Innenministeriums

An den **Präsidenten des Landtags** von Baden-Württemberg Herrn **Guido Wolf** MdL Haus des Landtags, Nachrichtlich Ministerien.

Antrag der Abg. Dr. Ulrich Goll u. a. FDP/DVP

– **Sonderurlaub für Bedienstete im Justizvollzug**

– Drucksache 15/2740

Ihr Schreiben vom 27. November 2012

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, in Abstimmung mit den übrigen Ministerien nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Zu I 1. bis 3. und II 1. und 2.:

Die geplante Gewährung zusätzlicher freier Tage befindet sich aktuell noch im Konzeptionsstadium. Die Umsetzung ist für das Jahr 2013 vorgesehen. Nach der derzeitigen Altersstruktur der Polizei wären rund 550 Polizeibeamtinnen und -beamte davon betroffen. Das Justizministerium sieht einen entsprechenden zeitgleichen Regelungsbedarf für die Bediensteten des Justizvollzugs; nach ersten Erhebungen ist damit zu rechnen, dass etwa 50 Beamtinnen und Beamte des allgemeinen Vollzugsdienstes insoweit betroffen wären. Die Ausarbeitung der erforderlichen Regelung wird unter der Federführung des Innenministeriums in enger Abstimmung mit den anderen Ministerien erfolgen. In diesem Zusammenhang wird sich auch entscheiden, welcher Personenkreis in die Regelung einbezogen wird. Konkretere Aussagen hierzu sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Reinhold Gall MdL, Innenminister



Arbeitsgemeinschaft Mittlerer Verwaltungsdienst (MVD)

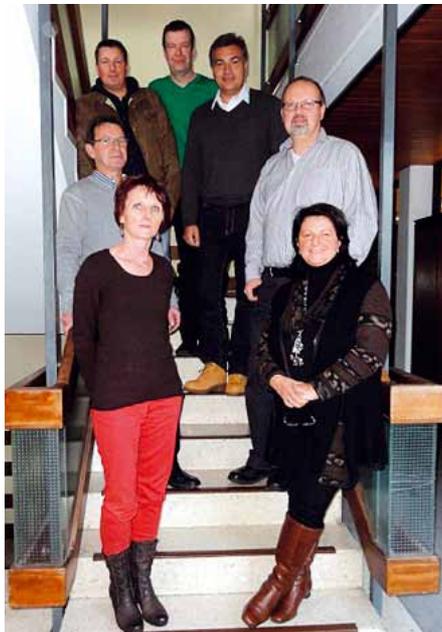
Stellen mit ungelerten Tarifkräften zu besetzen ist bedenklich

Sitzung am 30. November 2012 in Stuttgart

Die Arbeitsgemeinschaft Mittlerer Verwaltungsdienst traf sich am 30. November 2012 in der Justizvollzugsschule in Stuttgart. Trotz widriger Bedingungen (Schneefall, Sperrungen von Bahnstrecken) hatten alle Teilnehmer Stuttgart wohlbehalten erreicht.

Klaus Frank eröffnete um 9.00 Uhr die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er berichtete vom Delegiertentag 2012. Ausgiebig wurde über den Stellenkatalog des MVD diskutiert. Dieser muss in den nächsten Wochen fertiggestellt werden, da es erst ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung möglich sein wird, neue Beförderungsstellen im Lande zu vergeben. Die Stellenzuweisung in den Anstalten erfolgt künftig ohne Einschränkungen auf die einzelnen Dienstgruppen. Die Umsetzung/Verteilung obliegt hier zukünftig den Anstaltsleitern.

Diskussionsstoff beinhaltete auch die Tatsache, dass in den Anstalten immer mehr dazu übergegangen wird, Stellen des mittleren Verwaltungsdienstes mit ungelerten Tarifkräften zu besetzen. Diese Vorgehensweise halten wir, um einen guten und reibungslosen Dienstbetrieb in den Anstalten zu gewährleisten,



Teilnehmer der MVD trafen sich zu einer Arbeitssitzung. Foto: BSBD Baden-Württemberg

für bedenklich und wenig zukunftsorientiert. Ungelernte Tarifkräfte sind nicht in der Lage, einen komplexen Dienstablauf, wie den in einer Justizvollzugsanstalt, innerhalb kürzester Zeit zu verstehen. Die größte Gefahr sehen wir bei anfallenden Vertretungssituationen, die abteilungsübergreifend sind; hier dürfte eine ungelerte Tarifkraft im Einzelfall wenig hilfreich sein. Aus diesem Grund wäre es wünschenswert, in naher Zukunft weiterhin Bedienstete für den mittleren Verwaltungsdienst auszubilden.

Zu guter Letzt, wurde nochmals über die Zentralisierung der Zahlstellenaufgaben gesprochen. Hier scheint es wohl so zu sein, dass der seit nunmehr eineinhalb Jahren geplante „Feldversuch“ in die Tat umgesetzt wird.

Hier werden wir mit Spannung abwarten, wie sich der Dienstablauf an den Einkaufstagen in den Anstalten entwickeln wird. Die nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft findet im Frühjahr 2013 in Ulm statt.

*Klaus Frank
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft*

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg

Vorsitzender Heinz Wintergerst ruft zur Solidarität auf

Eine schlagkräftige Berufsorganisation ist wichtiger denn je

Am 7. Dezember 2012 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg in der Gaststätte Rhodia Stüble in Freiburg statt. Der Ortsverbandsvorsitzende Heinz Wintergerst begrüßte alle anwesenden Mitglieder sehr herzlich, ganz besonders den Landesehrentvorsitzenden und Ehrenmitglied im Ortsverband Freiburg – Franz Hellstern –, das Ehrenmitglied Erich Haag, die Mitglieder vom Landesvorstand Peter Zielinski und Landeskassierer Frank Maertins sowie alle Pensionäre.

Heinz Wintergerst musste den Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** entschuldigen, da er auf Grund des plötzlichen Wintereinbruches die Anreise nach Freiburg nicht antreten konnte. Anschließend ging man zur Tagesordnung über, welche schriftlich vorlag und genehmigt wurde.

Die Mitgliederversammlung gedachte der verstorbenen Mitglieder: **Hans-Jürgen Reimold, Robert Mündelein** und **Kurt Wiedmer**.

Nach der Totenehrung berichtete der 1. Vorsitzende **Heinz Wintergerst** über aktuelle Themen vom Landesverband. Im Anschluss daran verlas der Schriftführer **Werner Bürklin** den Tätigkeitsbericht der Vorstandschaft des vergangenen Jahres. Die Kassiererin – Kollegin **Bohr** – erstattete Bericht über die Kassen- und Mitgliederbewegung. Im Vergleich zum

Vorjahr habe sich der Mitgliederstand geringfügig reduziert, der nunmehr 297 Mitglieder betrage.

Im Anschluss daran berichtete **Heinz Wintergerst** über ein ereignisreiches Jahr. Großes Thema 2012 war und bleibt das Thema Beamtenbesoldung. Die verfehlte Politik der Landesregierungen wird nun den Beamten angelastet. Das heißt, wir sind und werden eine unerträgliche Last für den Landeshaushalt.

Diese Last muss nach Ansicht der jetzigen Landesregierung unwiderruflich und kontinuierlich abgetragen werden durch Senkung der Eingangsbesoldungen, deutlichen Verschlechterungen bei der Beihilfe, zeitliche Verschiebungen bei der Besoldungsanpassung und einiges mehr. Die **rot-grüne** Landesregierung ist fest entschlossen, diese Einsparungen zu vollziehen, und wird auch versuchen,

weitere Einsparmöglichkeiten einzubringen. **Daher ist eine schlagkräftige Berufsorganisation wie die unsere wichtiger denn je.** Im Verbund mit den anderen Berufsverbänden und mit **BBW-Vorsitzendem Volker Stich** an der Spitze wird man versuchen, der Landesregierung Paroli zu bieten.

Das „**Duell Stich – Kretschmann**“ hat im März 2012 in Stuttgart in der Liederhalle begonnen und wurde im Dezember 2012 in Ludwigsburg fortgesetzt. Weitere Auseinandersetzungen werden folgen. **Stich** hat schon angekündigt, dass im Frühjahr Protestveranstaltungen stattfinden werden.

Jedem Bediensteten muss inzwischen klar sein, dass unseren Grundsätzen des Beamtentums und unserer Besitzstandswahrung nur Rechnung getragen werden kann, wenn eine große straffe Berufsor-

ganisation der Politik gegenüber steht und sich als starker Verhandlungspartner präsentieren kann. Gerade den jungen Kolleginnen und Kollegen muss vor Augen geführt werden, dass das Klima rauer wird.

Um unseren Berufsstand auf dem jetzigen Niveau halten zu können, bedarf es vor allen eines starken **BSBD. Wintergerst** bat daher alle Kolleginnen und Kollegen, diesen Aufruf weiter zu geben, damit wir uns in Zukunft als mitgliedsstarke und schlagkräftige Berufsorganisation präsentieren können.

Auch die Pensionäre sind davon betroffen. Gerade der Pensionär sitzt mit im Boot, wenn es um die Besoldungserhöhung oder auch um die Beihilfe geht. Hier kommt uns der Seniorenverband Baden-Württemberg zur Hand. Im Vorstand ist unser ehemaliger Landesvorsitzende **Ernst Steinbach** als Stellvertreter des Vorsitzenden **Dieter Berberich**.

Der Seniorenverband hat etwa 22.000 Mitglieder. Er ist eine **schlagkräftige Gruppe**, hat eine Vielfalt an Angeboten und eine eigene Zeitschrift, das „*Seniorenmagazin*“.

Zum Schluss seines Vortrages rief Kollege **Wintergerst** zur Solidarität innerhalb des Verbandes auf. Denn nur eine starke Berufsorganisation werde auf politischer Ebene anerkannt und kann auf Dauer Erfolge verzeichnen.

Die **Fachgruppenvertreter** des **AVD**: Kollege **Thiel**; des **WD**: Kollege **Menner**; des **Krankenpflegedienstes**: Kollege **Allgeier**; des **mittleren Verwaltungsdienstes**: Kollege **Bank**; der **Angestellten**: Kollegin **Trendle** und der **Frauen**: Kollegin **Wrobel** berichteten über die Arbeit in ihren Fachgruppen.



V.l.n.r.: Stv. Vorsitzender **Matthies Vogginger** – die Geehrten: **Klaus Dea**, **Heinz Dangelmaier** und **Franz Hellstern**, rechts 1. Vorsitzender **Heinz Wintergerst**.

Ehrungen:

Für **25 Jahre Mitgliedschaft** wurden Kollegin **Elisabeth Blunk** sowie Pensionär **Siegfried Mack** und Kollege **Hansjörg Kiefer** (Ortsgruppe Lörrach) geehrt. Für **40 Jahre Mitgliedschaft** wurde der Pensionär **Klaus Dea** geehrt.

Für **50 Jahre Mitgliedschaft** wurden das **Ehrenmitglied Franz Hellstern** sowie **Heinz Dangelmaier** und **Hedwig Walter** geehrt.

Der 1. Vorsitzende **Heinz Wintergerst** beglückwünschte alle anwesenden geehrten Mitglieder und bedankte sich für ihre langjährige Treue zum Verband. Ehrenurkunden, Ehrennadeln und gute Tropfen vom Kaiserstuhl wurden vom 1. Vorsitzenden **Wintergerst** und seinem Stellvertreter **Vogginger** an die Geehrten übergeben.

Der Vorsitzende gratulierte **Peter Zielinski** zur Wahl zum **stellvertretenden**

Landesvorsitzenden, dem Kollegen **Martins** zur **Wiederwahl** als **Landeskassier** sowie dem Kollegen **Vogginger** zur **Wiederwahl** als **Landeskassenprüfer**. Ebenfalls gratulierte er Herrn **Maurer-Hellstern** (in Abwesenheit) zur **Wiederwahl als Justitiar** im Landesverband.

Ein besonderer Dank galt dem auscheidenden **Landeskassier Erich Haag**. **Heinz Wintergerst** bedankte sich bei ihm für seine über **50-jährige Verbandsarbeit** im Ortsverband, als **Landeskassier (über 44 Jahre)** und als **Bundeskassier (28 Jahre)**. Er übergab allen Geehrten jeweils ein Weinpräsent.

Vorsitzender bedankt sich für die geleistete Arbeit

Der Vorsitzende bedankte sich am Ende der Versammlung bei der gesamten Vorstandschenschaft für die geleistete Arbeit. Dank gebühre auch der gesamten Anstaltsleitung für das gegenseitige Verständnis und für die Anerkennung dieser ehrenamtlichen Verbandsarbeit.

Er bedankte sich bei allen Anwesenden für ihr Kommen, wünschte allen ein gutes neues Jahr, und er hoffe auf ein gesundes Wiedersehen bei der nächsten Jahreshauptversammlung.

Zum Schluss bedankte sich der stellvertretende Vorsitzende **Matthias Vogginger** beim Ortsverbandsvorsitzenden **Heinz Wintergerst** für seine unermüdliche Arbeit. Viele Termine müssen wahrgenommen werden und viel Freizeit muss geopfert werden. Als kleine Anerkennung übergab Kollege **Vogginger** ein Weinpräsent.

Werner Bürklin, Schriftführer



Blick in die Versammlungsrunde.

Fotos (2): BSBD Baden-Württemberg

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanzz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%. Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

ENFORCER fon: 07251 / 96510
 Bekleidung - Ausrüstung - Technik fax: 07251 / 965114

Original Polizei-Strickjacke
 Farbe Dunkelblau

Mit Brusttasche und Reißverschluss, Ellenbogen und Schulter verstärkt, mit Schulterklappen und 2 seitlichen Taschen, Brusttasche mit Kugelschreibereinschub, Flauschteil über der Tasche ermöglicht das Anbringen des Brustschildes. **Deutsche Herstellung!**

80% Schurwolle / 20% Polyamid, gemäß Polizei-anforderung. Lieferung ohne Schulterstücke.
 Größen: 46 -64.
 Best-Nr.: 4413 **€ 69,00**

Wasserdichte Strickmütze mit JUSTIZ Bestickung

Strickmütze aus 100% Schurwolle, mit Fleeceinnenfutter und Membrane: 65% Polyamid, 35% Polyurethan, **Wasserdicht und atmungsaktiv.** Maschinenwaschbar. Universalgröße

Schwarz Best-Nr.: 7488
 Dunkelblau Best-Nr.: 7489 **€ 19,50**

KEY-BAK XXL Schlüsselrolle

Patentierter KEY-BAK XXL Schlüsselrolle mit 50 Jahren Produktionserfahrung.

Bruchsicheres Polycarbonat-Gehäuse. Neue Ringhaltung, 90 Grad schwenkbare Seiltrommel, 120 cm Seil, trägt mehr als 25 Schlüssel ohne am Bein zu baumeln.

KEY-BAK XXL ist für das Tragen auf der rechten Seite konstruiert und kann links eingeschränkt getragen werden.

Best-Nr.: 5772 **€ 19,90**

www.enforcer.de

KLEIDUNG & AUSTRÜSTUNG EINSATZ-HANDSCHUHE AUSTRÜSTUNG-TASCHEN

ENFORCER SECURITY-KATALOG 12/14

Der neue Katalog 12/14 ist da! Gleich anfordern!

ENFORCER PÜLZ GMBH
 www.ENFORCER.de

Obstadter Straße 36
 76698 Obstadt-Weiher
 Telefon: 07251 / 96510
 Telefax: 07251 / 965114
 E-Mail: info@enforcer.de
 Filiale Berlin: Rankestraße 14

Jahreshauptversammlung

Sascha Burkard jetzt Vorsitzender

Stabwechsel an der Spitze des OV Heimsheim

Am 27. November 2012 fand in der Kantine der JVA Heimsheim die Jahreshauptversammlung des BSBD Ortsverbandes Heimsheim statt. In Vertretung des erkrankten OV-Vorsitzenden Friedrich Prange freute sich die kommissarische OV-Vorsitzende Petra Fimmler, zwanzig Kolleginnen und Kollegen begrüßen zu können.

Auch der Anstaltsleiter der JVA Heimsheim – **LRD Hubert Fluhr** – ließ es sich nicht nehmen, an der Versammlung teilzunehmen und den gewählten Kolleginnen und Kollegen persönlich zu gratulieren.

Höhepunkt der Versammlung waren neben einem Bericht des Landesvorsitzen-

den **Alexander Schmid**, der ebenso wie sein erster Stellvertreter **Georg Konrath** der Einladung des Ortsverbandes gefolgt war, die Neuwahlen des Vorstandes.

Hier wurde ein Generationenwechsel vollzogen, der bereits durch Kollegen **Prange** und Kollegin **Fimmler** vorbereitet worden war.

Die neue Führungsmannschaft des BSBD in Heimsheim besteht aus:

- | | |
|---------------------------|------------------------------------|
| Ortsverbandsvorsitzender | Sascha Burkard |
| Stellvertreter | Stefan Urban |
| Kassier | Helge Holzhauer |
| Schriftführer | Bettina Fischer |
| Rechnungsprüfer | Rainer Klein/Koll. Baumbach |
| FGV AVD | Uwe Ott |
| FGV mVD | Bettina Fischer |
| FGV WD/Techn. Dienst | Erich Müller |
| FGV Tarif | Petra Fimmler |
| FGV Ruhestandsbedienstete | Kollege Baumbach |
| FGV Sozialdienst | Friedrich Prange |
| FGV Junge Bedienstete | Patrick Ott |

Der Landesvorstand des **BSBD** freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem Ortsverband Heimsheim und sichert allen Funktionsträgern seine volle Unterstützung bei der ehrenamtlichen Arbeit zum Wohle der Bediensteten der JVA Heimsheim zu.



Die Jahreshauptversammlung brachte einen Stabwechsel an der Spitze des Ortsverbandes Heimsheim. Foto: BSBD Baden-Württemberg